

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptpostamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtgrotte Nr. 12 — Sächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postsparkonto: Dresden 33 327



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmitz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Siele, Inh. Walter Siele Verantwortlich: A. Rohrlapper

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 69

Bad Schandau, Mittwoch, den 23. März 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Nach italienischen Blättermeldungen haben die Bankiers der Wallstreet wegen des Adria-Konfliktes die Emission der jugoslawischen 30-Millionen-Dinar-Anleihe gesperrt.

* Die beiden holländischen U-Boote K 10 und K 13 sind gestern in der Straße von Madura zusammengestoßen; sie konnten jedoch trotz ihrer Beschädigungen die Fahrt fortsetzen.

* In Anapolis kamen 500 Studenten, die mit Knüppeln bewaffnet waren, zu einem wüsten Handgemenge, das erst durch die Luftschüsse der Polizei und die Wassererschläuche der Feuerwehr beendet werden konnte. 13 Studenten wurden verwundet, zahlreiche wurden verhaftet.

Kingen um die Adria.

Von Dr. Julius Rud. Kaim, z. St. Ragusa (Jugoslawien).

Der nachstehende Aufsatz gewinnt im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse und die Zuspitzung der politischen Beziehungen zwischen Rom und Belgrad an Interesse.

Die Verträge, die im Laumei endlichen Sieges vor Jahren geschlossen wurden, machen sich auch in den Siegerstaaten langsam recht unangenehm bemerkbar. Nachdem man sich entschlossen hatte, dem Niesen hunger Italiens auch noch Fiume zu opfern (Triest mit seiner großen Flotte genügt keinesfalls) und nachdem man weise einen Vorort Fiumes, Sufak, zu Jugoslawien geschlagen (auf das zwei Häfen nebeneinander liegen), erkannte man voll Bestürzung, daß ein Hafen ohne Hinterland nicht viel wert sei. Fiume, einst ungarischer Exporthafen und als solcher von Ungarn modern ausgebaut, liegt tot und leer. Das kleine Sufak hat fast mehr Betrieb aufzuweisen als das große Fiume.

Ueber ein kleines Flüsschen führt von Sufak nach Fiume eine Brücke. Sie bildet die Grenze zwischen zwei Ländern und zwei Häfen. Diesseits ist nicht viel Leben, jenseits ist noch weniger Leben; und der Ruf nach der Schaffung von „Hinterland“ wird laut. Den Jugoslawen aber scheint diese enge Nachbarschaft nicht zu passen; sie wollen Split, das alte Spalato, zum Haupthafen ausbauen und bieten den ungarischen Nachbarn, die sie im Grunde zum Teufel wünschen, eine Freihafenzone in diesem neu auszubauenden Hafen. Da konnte es nicht ausbleiben, daß auch Italien sein freundschaftliches Herz für die magyarschen Notwendigkeiten entdeckte und — eine Freihafenzone in Fiume zu guten Bedingungen anbot.

Somit wirkt das Ganze wie der Konkurrenzhandel zweier Kaufleute und erweckt den Anschein, als handele es sich um den Wettstreit zweier Häfen, die Zufuhrmöglichkeiten suchen. Dieser merkwürdigen Seite steht aber eine politische gegenüber, die weit unerfreulicher, für die Weltpolitik aber auch weit wichtiger ist:

Bekanntlich hat nach dem Weltkrieg Italien fast ganz Dalmatien für sich beansprucht und große Küstenteile besetzt, in denen das Militär oft unglaublich haufte. Dem kroatischen Einspruch gelang die Entfernung der Truppen und die Zuteilung Dalmatiens zu Kroatien und damit zum südslawischen Reich. Durch diese Umformung war Italien insofern wenig geholfen, als an die Stelle der alten österreichisch-ungarischen Adriakonkurrenz jetzt eine jugoslawische getreten war. So begann das stille Ringen um die Vorherrschaft in der Adria gemeinsam mit dem vollstündigen Kampfe Italiens auf dem Balkan, den es, fern allen Völkerbundsorgern, im Schutze Englands bis heute führt.

Zunächst handelt es sich darum, Freunde auf dem Balkan zu schaffen; und die Mussolinische Politik fand den ersten Freund leicht im verächtlichsten und verarmten Bulgarien, dessen ergebene Anfrage nach Schutz und Stütze beim Foreign Office von diesem mit großartiger Geste durch einen Hinweis auf Rom beantwortet wurde. Besser Italien als nichts; und in Sofia fand man sich mit der neuen Freundschaft ab. Umso eher, als der italienisch-jugoslawische Diplomatenkrieg geeignet war, Bulgarien gegen Wünsche des mächtig gewordenen Belgrader Nachbarn zu schützen.

Als Italien dann der Handreich gelang, sich Albanien so „verbünden“, daß das Bündnis verzweifelte Wehlichkeit mit einem Protektorat hatte, dem bald eine „Angliederung“ folgen dürfte, schien es Griechenland endlich notwendig, sich etwas enger an Jugoslawien anzuschließen, ihm in der Saloniker Hafenfrage entgegenzukommen und auch wirtschaftspolitische Zugeständnisse zu machen. Aber die Athener Herren hatten die Rechnung ohne ihren Londoner Beschützer gemacht: England winkte ab! Und es versprach goldene Zeiten, wenn man sich in Athen entschloß, vorläufig dem Italien-feindlichen Jugoslawien fernzubleiben. Zwischen Einsicht und Hoffnung schwankend, schob Athen seine Belgrader Politik auf die berühmte „lange Bank“ und wartet.

Italien aber betont, wie bitter notwendig die Adria ihm sei. Betont, wie selbstverständlich diese Forderung sei; verweist auf die italienische Kultur Dalmatiens und darauf, daß Fiume und Spalato erst zu ihrer wahren Bedeutung kämen, wenn Italien sich dieser Häfen durch gemeinsame Verwaltung beider Adria-Ufer annehmen könne. Und es bemüht sich, die Konkurrenz so stark wie möglich durchzuführen, den Fremdenstrom von Dalmatien fort zu locken, seinen Schiffen Passagiere zuzuführen. Als Dalmatien in den ersten Frühjahrsstagen von einem Erdbeben heimgesucht wurde, das die Küste nur sehr wenig berührte, benutzte man in Italien die Gelegenheit, von einem verwilligten Leben in Ragusa zu sprechen; wenn der Himmel in Dalmatien Regen zur Erde schickt, handelt es sich um Wolkenbrüche, denen alle Fremden sich durch rasche Flucht entziehen hätten — kurz, es gibt kein Mittelchen, das so schlecht wäre, die „Konkurrenz“ zu schädigen.

Von Albanien aus erwartet Belgrad den nächsten Schritt

Stations, um politisch die Vorherrschaft in der Adria zu betonen. Bei der Industriearmut Jugoslawiens und dem nicht unbeträchtlichen Export nach Italien (Holz und Vieh), haben große Kreise des Landes an einer wirtschaftlichen Stärkung durch engere Wirtschaftsbande mit Ungarn, Oesterreich und der Tschechei Interesse; und diese Kreise sehen nicht mit Unrecht in einer solchen wirtschaftlichen Föderation das einzig wirksame Mittel gegen den Druck den Italien durch seine Politik in der

Adria, in Bulgarien und Albanien auf die Balkanvölker auszuüben sucht. Bedauerlich, aber nicht erstaunlich, ist, daß die Bestrebungen dieser Kreise durch den Chauvinismus anderer so heftig bekämpft werden, daß sie vorläufig wenig Aussicht auf Erfolg haben. Wofür Herr Mussolini den Gegnern Dank wissen wird und seine Adriapolitik mit derselben Ausdauer verfolgen dürfte, wie er, im sicheren Schutze Englands, seine Politik im östlichen Mittelmeer durchführt.

Entspannung im Adriakonflikt

Für Entsendung einer internationalen Untersuchungskommission.

In der durch den italienisch-jugoslawischen Konflikt geschaffenen Lage ist keine nennenswerte Änderung eingetreten. Der Meinungsaustrausch zwischen den Regierungen von Paris, Berlin und London, denen das italienische Memorandum überreicht worden ist, wurde fortgesetzt.

Der französische Standpunkt zu der italienisch-jugoslawischen Spannung geht dahin, daß die Lage nicht mehr als besonders beunruhigend zu betrachten sei, da die italienische und die jugoslawische Regierung, wenn ein Gewaltstreik beabsichtigt gewesen wäre, sicher nicht alle Kanäle Europas verständigt haben würden. Die Annahme, so schreibt „Matin“, ist begründet, daß die italienische Regierung ernstlich wünscht, auf internationalem Gebiete eine Lage aufzuklären, die ihrer Ansicht nach beunruhigend ist. So hat denn auch der italienische Botschafter im Verlaufe seiner Unterredung mit Briand anscheinend keinen grundsätzlichen Einspruch gegen den jugoslawischen Vorschlag der Entsendung einer internationalen Kommission zur Untersuchung der angeblichen jugoslawischen Rüstungen erhoben. In Paris glaubt man deshalb an die Möglichkeit einer praktischen und loyalen Lösung, ohne daß man nötig haben wird, große Mittel anzuwenden. Auch die Stimmung in England ist bedeutend ruhiger geworden.

Der Gedanke einer dringlichen Einberufung des Völkerbundes, obwohl noch nicht völlig aufgegeben, ist also gegenwärtig in den Hintergrund gedrängt. Man wird zuerst versuchen wollen, die Zustimmung Italiens zu der Entsendung einer internationalen unparteiischen Untersuchungskommission zu erhalten, die an Ort und Stelle die nötigen Erhebungen über die strittigen Fragen anzustellen hätte. Die serbische Regierung hat sich bekanntlich bereits hiermit einverstanden erklärt.

Pariser Ministerrat.

Paris, 22. März. Der heutige Ministerrat, der unter dem Vorsitz Doumergues im Elysee stattfand, war zum größten Teil der außenpolitischen Lage gewidmet. Briand berichtete über die neue Lage in Schanghai und über die Verhältnisse in den ausländischen Konzessionen. Ausführlich wurde der Balkan-Konflikt erörtert. Anhand eingelaufener Telegramme gab Briand dazu längere Erklärungen ab, aus denen hervorgeht, daß seit gestern eine wesentliche Entspannung im Adria-Konflikt eingetreten ist. Die französische Regierung hat heute vormittag von Rom und Belgrad die Zusicherung bekommen, daß der Streikfall auf friedlichem Wege gelöst werde. Italien soll dem französischen Außenminister für die vorläufige Intervention in Belgrad gedankt haben, während Jugoslawien bereit ist, Beweise für die Haltlosigkeit der italienischen Anschuldigungen zu erbringen. Wider Erwarten beschäftigte sich der Ministerrat nicht mit der Antwort auf Coolidges Flottenabrüstungsprogramm. Die Erörterung dieser Frage soll am Donnerstag oder am Sonnabend stattfinden.

Paris, 22. März. Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, wird man sich vorläufig mit der Regelung des serbisch-italienischen Zwischenfalles auf diplomatischem Wege begnügen, nachdem zwischen der deutschen, englischen und französischen Regierung eine völlige Uebereinstimmung über die Mittel erzielt wurde, durch die weitere Konflikte vermieden werden können. Auf französischer Seite weiß man auf die Notwendigkeit einer Abänderung des Vertrages von Tirana hin, der in seiner heutigen Form die Regierung von Belgrad beunruhigt.

Briand über die Entspannung im Adria-Konflikt. — Deutschlands Mitarbeit.

Paris, 22. März. In der heutigen Kammer Sitzung sollte die sozialistische Interpellation über Frankreichs Haltung im Adria-Konflikt besprochen werden.

Briand ergriff jedoch das Wort, um die Antragsteller zur Rücknahme ihrer Interpellation zu ersuchen. Briand betonte, daß er ihnen versichern könne, daß der jugoslawisch-italienische

Konflikt auf dem besten Wege zu einer friedlichen Lösung sei. Die französische Regierung hätte ernstlich interveniert und gemeinsam mit der deutschen und der englischen Regierung zur Kaltblütigkeit und Mäßigung gehandelt. Jugoslawiens Außenminister habe seinerseits beruhigende Erklärungen abgegeben, und auch die italienische Regierung ihrerseits hätte Mäßigung und Kaltblütigkeit bewiesen, so daß ein bewaffneter Konflikt vermieden werden könne. Nach Würdigung des gemeinsamen Vorgehens der europäischen Großmächte wies Briand darauf hin, daß die Idee des Friedens bereits soweit gestärkt sei, um einen diplomatischen Zwischenfall ohne Blutvergießen erledigen zu können.

Der Sozialist Fontanier stellte den Vertrag von Tirana als eine Friedensgefahr dar; Leon Blum machte Italien für die neuen Balkanwirren verantwortlich. Die Diktaturen seien eine ständige Gefahr für den Frieden. Briand erwiderte darauf, daß mit der Kritik an Regierungsformen der Sache des Friedens nicht gedient sei. Eine Diskussion der Balkanereignisse sei jetzt unzulässig. Wenn Albanien wirklich in Gefahr komme, würde der Völkerbund vermitteln. Was zu tun sei, könne Jugoslawien ebenso gut wie Frankreich beurteilen.

Nach diesen Erklärungen Briands wurde die Interpellation vertagt.

Zwei politische Morde in Tirana.

Nach einer Meldung aus Tirana wurde dort Jusuf Salih Beg, ein bekannter albanischer Politiker, ermordet. Die Mörder sind entkommen. Am gleichen Tage wurde auch einer der Wiener Gefinnungsgenossen Jusuf, ein Kaufmann aus Ochrida, ebenfalls in Tirana ermordet. Es handelt sich zweifellos um politische Morde.

Botschafter v. Neurath in Berlin.

Berlin. Wie die M. erfährt, ist der deutsche Botschafter in Rom, Freiherr v. Neurath, gestern in Berlin eingetroffen. An zuständiger Stelle wird erklärt, daß die Anwesenheit des Botschafters in Berlin nicht in direktem Zusammenhang mit der italienisch-jugoslawischen Spannung stehe. Der Botschafter sei aus Rom zu einer Zeit abgereist, als diese Spannung noch nicht akut gewesen sei.

Blutige Straßenkämpfe in Schanghai.

Auch Nanjing gefallen.

Nach der Einnahme Schanghais durch die Kantontuppen ist es in den Straßen der Stadt zu Kämpfen zwischen Soldaten und bewaffneten Zivilisten gekommen. In verschiedenen Punkten der Stadt sind Brände ausgebrochen. Der Handel ruht vollständig. Die Zahl der Streikenden beläuft sich auf 150 000. Die Chinesenstadt wird außerdem von Plünderern stark heimgesucht. Wie weiter bekannt wird, haben Nordtruppen, deren Zahl auf mehrere Hundert geschätzt wird, die Drahtverhaue des nördlichen Teiles der internationalen Niederlassung durchbrochen und sind durch Seitengassen, die nur schwach von den britischen Streitkräften besetzt waren, eingedrungen. Nach einer Meldung des „Evening Standard“ sind bei den bisherigen Unruhen und Kämpfen auch bereits Australier zu Schaden gekommen. So wurden bisher drei Engländer getötet, 14 verwundet, außerdem wurden ein Japaner und ein Portugiese verwundet. Von einer Abteilung Kantontuppen wurde ein britischer Panzerwagen umzingelt; die Mannschaft, von der mehrere Mann verletzt wurden, mußte sich unter Zurücklassung des Panzerwagens zurückziehen. Ähnlich wie in Schanghai ist auch in Hankau ein Streik ausgebrochen, an dem sich alle chinesischen Angestellten der ausländischen Bank von Hankau beteiligten. Streikposten haben vor dem Bankgebäude Aufstellung genommen und drohen den europäischen Angestellten, ihnen ihre Lebensmittel wegzunehmen, wenn sie die Arbeitsstelle nicht verlassen.

Nach englischen Agenturmeldungen haben die Nordtruppen Nanjing geräumt, die dort operierende Armee der Kantongregierung hat die Stadt ohne Kampf eingenommen.

Keine Gefahr für Deutsche.

Dem Ostasiatischen Verein Hamburg-Bremen ging von der deutschen Handelskammer Schanghai das nachstehende Telegramm vom 22. März zu: „Der Übergang zur Südpartei erfolgte fast ohne Kampfhandlung. Wir erwarten keine Unruhen. Zur Befriedung liegt kein Grund vor.“

Entwaffnung von Chinesen.

Schanghai. Der größte Teil der in das Gebiet der Internationalen Niederlassung eingedrungenen chinesischen Truppen ist entwaffnet und zum Verlassen der Niederlassung gezwungen worden.

Ein englisches Kriegsschiff im Gefecht mit Chinesen.

Der englische Kreuzer „Vindictive“ wurde am 21. März nachmittags einer Meldung aus Schanghai zufolge von chinesischer Artillerie beschossen. Das Kriegsschiff eröffnete sofort seinerseits das Feuer und es entspann sich ein scharfes Gefecht.

Eine Baldwin-Erklärung über China.

London, 22. März. Im Unterhause gab heute Baldwin eine Erklärung über die Ereignisse in Schanghai ab, in der er mitteilte, daß der Belagerungszustand in Schanghai erst aufgehoben werden könne, wenn die Unruhen vorüber seien. Heute Abend sei die Nachricht gekommen, daß sich 23 000 Mann Kantonstruppen südlich der französischen Niederlassung befänden. Die englischen Marineinfanteristen seien vor allem auf der Schanghai gegenüber liegenden Flussseite gelandet worden. Auch die Stadt-Schiffahrt sei den Kantonstruppen bereits in die Hände gefallen. Auf MacDonalds Frage erwiderte der Ministerpräsident, daß die indischen Soldaten nicht innerhalb des Korsons überfallen worden wären, aber noch außerhalb der internationalen Niederlassungen.

Englische Abrüstungsvorschläge.

Während in China der Kriegsbrand lodert und es auf dem Balkan ziemlich heftig kräftelt, während der englisch-russische Konflikt sich gleichfalls immer mehr zuspitzen scheint und Frankreich ein Riesenheer mit militärischer Rüstungen ausbaut, ist in Genf beim Völkerbund wieder einmal die Abrüstungskommission zusammengetreten. Es ist ihre dritte Tagung und mehrere Unterkommissionen haben in langwierigen Sitzungen Vorarbeiten zu leisten versucht, aber es ist bei dem Versuch geblieben; irgend etwas Praktisches ist schon deswegen nicht herausgekommen, weil sich keine Macht um die Entschlüsse dieser Kommission kümmerte, auch dann nicht, wenn der Vertreter jener Macht solchen Entschlüssen zustimmte. Das gilt besonders für den Gastkrieg.

Deutschland sitzt ja nun auch in dieser Kommission, begnügt sich aber als einziges Land, das völlig abgerüstet hat, in der Hauptsache mit der Rolle eines Zuhörers. Auch insofern ist die Kommission noch nicht zu einem praktischen Resultat gekommen, als sie einen Entwurf bzw. einen Vorschlag noch nicht ausgearbeitet hat, der einer künftigen Abrüstungskonferenz zur Beratungsgrundlage dienen soll. Nun ist der englische Vertreter, Lord Cecil, mit einem neuen Vorschlag vorgetreten, der nur den einen Nachteil hat, daß Frankreich ganz sicher nicht damit einverstanden sein wird. Zunächst will der englische Vorschlag fordern, daß alle vertraglich bestehenden Staaten dem Völkerbundsekretariat eine genaue Aufstellung ihrer Ausgaben für Rüstungen jeder Art alljährlich übersenden sollen. Das ist eine Forderung, deren Erfüllung weiter nicht schwierig ist, weil ja die Kosten für die Rüstungen wenigstens zu ihrem allergrößten Teil im Haushalt eines

jeden Landes erscheinen und veröffentlicht werden. Aber schon der zweite Punkt des englischen Vorschlags wird wieder stark umstritten werden: eine Herabsetzung der Landrüstungen nämlich dadurch erzielen zu wollen, daß eine Herabsetzung der Zahl jener Truppen vorgenommen wird, die nach der Eröffnung der Feindseligkeiten an die Kampffront geschickt werden sollen; das heißt also, daß überhaupt nur die Friedenszahl der Landtruppen in Betracht gezogen werden soll, also nicht die Reserven. Schließlich macht England den Vorschlag, daß die Zahl der aktiven Offiziere und Unteroffiziere in ein bestimmtes Verhältnis zur Truppenzahl gebracht werden soll, um Aderbildung zu verhindern.

Hinsichtlich der Seerüstungen soll nun größte Offenheit obwalten über Zahl, Tonnage und Bestimmung der Kriegsschiffe aller Kategorien mit festen Begrenzungen der Größen nach oben, genau so wie man es teilweise, aber schließlich doch ohne jeden Erfolg 1922 auf der Washingtoner Konferenz beschlossen hatte. Auch für die Herabsetzung der Luftkräften werden allerdings Vorschläge gemacht; grundsätzlich sollen aber Untersuchungen darüber, ob eine solche etwa abgeschlossene Konvention von einem der beteiligten Staaten nicht eingeleitet wird, nur mit Zustimmung dieses betreffenden Staates erfolgen.

Dieses englische Kind ist auf der Konferenz der Abrüstungskommission nicht gerade unter glücklichen Umständen in die Welt gesetzt worden. Zunächst erklärte der französische Vertreter, Paul-Boncour, dessen energisches Auftreten bei den Beratungen über die weitgehenden Verstärkungen der Rüstungen Frankreichs bekannt genug ist, nach den Ausführungen des englischen Vertreters sofort, in den nächsten Tagen würde die Antwort durch die Einbringung eines französischen Gegenentwurfes erfolgt. Und noch schärfer war die italienische Antwort, als nämlich der General de Marina erklärte: Italien verlange, in Rüstungsfragen zunächst einmal auf die gleiche Höhe wie die stärkste europäische Kontinentalmacht gebracht zu werden, und man müsse zunächst einmal demgemäß mit einer Revision der Rüstungen anfangen, ehe man an eine Stabilisierung oder gar Herabsetzung denken könne. Also erst gleiches Rüstungsniveau für alle bisher noch zurückgebliebenen Großmächte Europas und erst dann eine gleichmäßige Abrüstung.

Deutschland und die Abrüstungsvorschläge Lord Cecils.

Der Wortlaut der Abrüstungsvorschläge Lord Robert Cecils liegt in Berlin noch nicht vor. Sie entsprechen aber dem von England bisher eingenommenen Standpunkt, der im wesentlichen auch mit dem unseren übereinstimmt. Der Hauptpunkt dieser Vorschläge dürfte sein, daß England die effektiven Bestände der Armeen zum Gegenstand der Abrüstung vorschlägt. Das ist wesentlich, weil die französische Auffassung dahin geht, daß die Abrüstung nicht die ausgebildeten Reserven, Lagernde Material und alle materiellen und personellen Mittel umfaßt, die in Paris mit dem Begriff „potential de guerre“ bezeichnet werden. In der Frage der Seerüstungen schlägt England einen Ausbau des Washingtoner Abkommens vor, und auch die Vorschläge für die Luftstreitkräfte entsprechen im wesentlichen unseren Auffassungen.

Lord Cecil über den englischen Abrüstungsentwurf.

Genf, 22. März. Der Vertreter Englands auf der gegenwärtigen Tagung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, Lord Robert Cecil, erklärte heute Pressedirektoren, es sei zu erwarten, daß von verschiedenen Delegationen Entwürfe für eine internationale Abrüstungskonferenz eingebracht würden. Diese Ent-

würfe würden von einer Unterkommission zu einem einheitlichen Vorschlag für die Abrüstungskonferenz zusammengefaßt werden. Der englische Konventionentwurf, den er gestern eingereicht habe, spreche nur von Begrenzungen der Rüstungen, jedoch lege er größten Wert darauf, daß die Abrüstung sich nicht nur auf eine Beschränkung der Rüstungen, sondern auch auf eine tatsächliche Herabsetzung der Rüstungsbestände beziehe. Es sei gegenwärtig noch zu früh, über die Höhe der für jeden einzelnen Staat festzusetzenden Truppenbestände zu diskutieren. Lord Cecil betonte sodann, daß die Abrüstungskonvention die geltenden Friedensverträge in keiner Weise berühren werde. Sodann wurde auch die in dem Vertrag von Versailles für Deutschland festgesetzte Truppenzahl durch die Abrüstungskonvention nicht geändert werden. Lord Cecil erklärte sodann, daß in Erwägung gezogen werde, nach Ablauf von 10 Jahren nach der Ratifikation der Abrüstungskonferenz die naturgemäß einstimmig von der Abrüstungskonferenz angenommen werden müsse, eine neue Abrüstungskonferenz einzuberufen.

Das französische Abrüstungsprojekt in Genf veröffentlicht.

Genf, 23. März. Der französische Delegierte auf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz Paul Boncour veröffentlichte am Dienstag Abend das französische Abrüstungsprojekt, das die bekannten französischen Abrüstungstheorien wiedergibt. Nach dem französischen Entwurf soll sich die Abrüstung nur auf das aktive Militär beschränken; die Reserven und Rekruten sollen außerhalb der Abrüstung bleiben. Dagegen müssen Polizei, Gendarmerie, die Zoll- und Postwachen, sowie sämtliche Organisationen militärischen Charakters in die Abrüstung einbezogen werden. Eine Unterscheidung von Militär- und Zivilflugzeugen findet nicht statt. Eine grundlegende Neuerung bedeutet die Schaffung eines ständigen internationalen Kontrollorgans, das nicht nur die Durchführung der Konvention bewachen, sondern auch örtliche Untersuchungen unternehmen soll. Dieses Organ soll auch die im Kriegsfall notwendige Rüstungsvermehrung einzelner Staaten gestatten; diese Rüstungsvermehrung soll aber für Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien keine Anwendung finden (!).

Neue amerikanische Note an Mexiko.

New York, 22. März. In amerikanischen Regierungskreisen spricht man davon, daß gestern der mexikanischen Regierung eine neue amerikanische Note überreicht worden sei, nach der die Vereinigten Staaten das Waffenausfuhrverbot nach Mexiko aufheben würden.

Im Zusammenhang mit diesem amerikanischen Schritt herrscht unter den mexikanischen Aufständischen wieder eine gewisse Aktivität. Die Regierungstruppen verschiedener mexikanischer Staaten sind bereits zur Unterdrückung neuer Aufstände bedeutend verstärkt worden. Mit der Aufhebung des amerikanischen Waffenausfuhrverbotes erhalten die mexikanischen Aufständischen ihre Waffenzufuhren wieder. Es ist noch fraglich, ob sich Präsident Calles trotz der neuen amerikanischen Note, die für ihn starke innerpolitische Gefahren in sich birgt, den Kampf gegen die amerikanische Erdölpolitik fortsetzen wird.

Gestern wurde dem mexikanischen Gesandten in Washington durch Coolidge und Staatssekretär Kellogg die neue amerikanische Note mitgeteilt. Kellogg verweigerte heute über die Unterredung mit dem mexikanischen Gesandten jede Auskunft.

Verhaftung eines Reparationschwindlers in Paris.

Düsseldorf, 22. März. Der Kaufmann Alfred Mebus, der viele Geschäftskonten im Ruhrgebiet für angebliche Reparationslieferungen mit Provisionsvorauszahlungen geschädigt hatte, ist wegen Kohlenstiehlungen in Paris verhaftet worden. Der Wert der verschobenen Kohle soll sich auf 500 000 Franken belaufen.

Mensch und Menschen

Nach dem Roman „Die Elenden“ von Victor Hugo.

44

(Nachdruck verboten)

Wirtens wachte Valjean, daß er von Javert frei sei. Man hatte in seiner Gegenwart erzählt und der Moniteur es bestätigt, daß ein Polizeinspektor, namens Javert, unter den Booten der Wäscherinnen zwischen der Brückenbrücke und der neuen Brücke ertrunken gefunden worden sei, und daß er, ein sonst untadeliger und von seinen Vorgesetzten sehr geachteter Mann, eine Schrift hinterlassen habe, welche auf eine geistige Störung deuten und deshalb an Selbstmord glauben lasse. „Allerdings“, dachte Valjean, „da er mich hatte und mich freiließ, mußte er schon wahnsinnig sein.“

Man traf alle Vorbereitungen zur Trauung. Der Arzt, den man zu Rate gezogen hatte, erklärte, die Hochzeit könnte im Februar stattfinden. Jetzt war Dezember. Einige glückliche Wochen vergingen.

Nicht am wenigsten glücklich war der Großvater. Viertelstundlang stand er in Betrachtung vor Cosette. Cosette und Marius waren plötzlich aus dem Grab in das Paradies übergegangen. Dieser Übergang war plötzlich erfolgt und sie würden betäubt davon geworden sein, wären sie nicht geblendet gewesen.

„Begreifst du nur etwas davon?“ fragte Marius Cosette.

„Nein“, antwortete Cosette, „aber mir ist es immer, als sähe der liebe Gott uns an.“

Valjean tat alles, ebnete alles, verjohnte alles, machte alles leicht; er beschäftigte sich mit dem Glück Cosettes so eifrig und scheinbar so freudig wie Cosette selbst.

Da er Bürgermeister gewesen war, so wußte er eine schwierige Aufgabe zu vollbringen, ein Rätsel, dessen Lösung er allein kannte: den Zivilstand Cosettes. Hätte er geradezu ihre Herkunft ausgesprochen, wer weiß, vielleicht wäre die Heirat verhindert worden. Er befreite Cosette von allen Schwierigkeiten und besorgte ihr eine Familie von Gestorbenen, — das sicherste Mittel, allen Reklamationen zu entgehen. Cosette war danach die Letzte einer erloschenen Familie, nicht seine Tochter, aber die Tochter eines anderen Fauchelevent. Zwei Brüder Fauchelevent waren Gärtner in dem Kloster Klein-Bicpus gewesen. Man begab sich in das Kloster. Die besten Empfehlungen und die achtbarsten Zeugnisse erhielt man da in Menge. Die guten Nonnen, die wenig geeignet sind, Fragen nach der Herkunft der Leute genau zu untersuchen, hatten niemals recht gewußt, wessen Tochter die kleine Cosette sei, des älteren oder des jüngeren Fauchelevent. Sie sagten, was man wollte, und sie sagten es mit allem Eifer.

Es wurde ein Protokoll aufgenommen und Cosette war vor dem Gesetze Fräulein Euphrasia Fauchelevent. Sie hieß eine vater- und mutterlose Waise. Valjean richtete es so ein, daß er unter dem Namen Fauchelevent als Vormund Cosettes bestellt wurde, mit Gille Normand als Mitvormund.

Was die 584 000 Frank betraf, so sollten sie ein Ver-



Es wurde ein Protokoll aufgenommen, und Cosette war Fräulein Fauchelevent.

mächtnis sein, das eine Verstorbene, die unbekannt bleiben wollte, Cosette hinterließ. Das ursprüngliche Vermächtnis habe 594 000 Frank betragen, aber 10 000 Frank wären für die Erziehung des Fräuleins Euphrasia ausgegeben worden, darunter 5000 Frank für das Kloster selbst.

Cosette erfuhr, daß sie nicht die Tochter des alten Mannes sei, den sie solange Vater genannt hatte; er war nur ein Verwandter, ein anderer Fauchelevent war ihr wirklicher Vater gewesen. In jedem anderen Augenblick würde das ihr sehr schmerzlich gewesen sein, in der unaussprechlichen Zeit aber, in welcher sie sich befand, war es nur ein wenig Schatten, eine kleine Verdunklung, und sie hatte soviel Freude, daß das kleine Wöllchen nicht lange anhielt. Sie hatte Marius. Der junge Mann kam und der alte trat zurück. So ist einmal das Leben.

Es wurde beschlossen, daß das junge Paar bei dem Großvater wohne. Gille Normand wollte ihnen durchaus sein Zimmer geben, das schönste im Hause. „Das wird mich verjüngen“, erklärte er; „es ist ein alter Plan. Ich hatte immer die Idee, in meinem Zimmer die Hochzeit ausrichten zu lassen.“

Die Liebenden sahen einander alle Tage. Cosette kam mit Herrn Fauchelevent.

Marius umgab in seinem Innern und in seinen Gedanken Herrn Fauchelevent, der für ihn einfach wohlwollend und kalt war, mit einer Menge von Fragen. Bisweilen zweifelte er an seinen eigenen Erinnerungen. In seinem Gedächtnis fand sich eine Lücke, ein schwarzes Loch, ein Abgrund zwischen vier Todesmauern. Darin war viel verlorengegangen. Er kam soweit, sich zu fragen, ob er den wirklichen Herrn Fauchelevent, einen so ernst und ruhigen Mann, auf der Barricade gesehen habe.

Eines Abends sprach Marius vor Cosette und Valjean von seiner wunderbaren Errettung, von den zahllosen Erkundigungen, die er über seinen Retter angestellt hatte, und von der Nutzlosigkeit seiner Bemühungen. Das kalte Gesicht des Herrn Fauchelevent war Marius zuwider. Mit einer Lebhaftigkeit, die fast wie Zorn klang, sagte er:

„Ja, dieser Mann, wer er auch sein mag, war erhaben. Ach, wenn die 600 000 Frank Cosettes mein wären!“

„Sie sind Ihr Eigentum“, fiel Valjean ein.

„Nun“, entgegnete Marius, „ich gäbe sie darum, diesen Mann wiederzufinden.“ Valjean schwieg.

Zwanzigstes Kapitel.

Die Nacht ohne Schlaf.

Die Nacht vom 16. zum 17. Februar 1833 war eine gesegnete Nacht. Über ihrem Schatten stand der Himmel offen. Es war die Brautnacht für Marius und Cosette. Der Tag war herrlich gewesen.

Am Abend vorher hatte Valjean dem Bräutigam im Beisein Gille Normands die 584 000 Frank übergeben.

Die Magd brachte Valjean nicht mehr, Cosette hatte sie geerbt und sie wurde zur Kammerfrau befördert.

Valjean hatte in dem Hause Gille Normands ein schönes, ausdrücklich für ihn möbliertes Zimmer, und Cosette hatte so unwiderstehlich gesagt: „Vater, ich bitte Sie“, daß sie beinahe von ihm das Versprechen erhalten hätte, er werde da wohnen.

Einige Tage vor der Trauung hatte Valjean ein Unfall betroffen; er hatte sich den Daumen der rechten Hand etwas zerquetscht. Es war nicht bedeutend, er erlaubte nicht, daß jemand sich darum kümmere, auch nicht, daß man ihn verbinde oder daß man das Leiden sehe, nicht einmal Cosette. Es nötigte ihn aber, die Hand zu verbinden und den Arm in der Binde zu tragen, so daß er den Heiratskontrakt nicht unterzeichnen konnte. Gille Normand, als Stellvertreter des Vormund Cosettes, tat dies für ihn.

Viele alten Freunde der Familie Gille Normand waren eingeladen worden.

Im Speisesaal war die Tafel gedeckt.

In der Mitte über der weißen blendenden Tafel hina

Politische Rundschau
Deutsches Reich.

Die Balancierung des Etats für 1927.

Im Reichstag wurden die Verhandlungen über die Balancierung des Etats für 1927 im Beisein des Reichszanzlers, eines großen Teiles der Minister und der finanzfachverständigen Mitglieder der Regierungsparteien fortgesetzt. Die Verhandlungen haben bis auf einen kleinen Rest von Einzelheiten zu dem gewünschten Ergebnis geführt, müssen aber noch fortgesetzt werden. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Balancierung des Etats durch höhere Einnahmen und durch Abstriche an den Ausgaben erreicht werden soll. So wurden z. B. die Abstriche an den Kanalbauten noch erhöht. Nicht vorgesehen im Etat sind bisher die Mittel für Besoldungserhöhungen für die Beamten und die Erhöhungen für die Kriegsbeschädigten.

Vorläufig keine Erhöhung des Briefpostos.

Die Erklärung des Reichspostministers Schäple, daß das Briefporto nirgends so niedrig sei wie in dem verarmten Deutschland, ist von verschiedenen Seiten dahin verstanden worden, als hätten wir uns in Kürze auf eine Erhöhung des Briefpostos vorzubereiten. Der Minister läßt demgegenüber mitteilen, daß gegenwärtig irgendeine Absicht zur Erhöhung des Briefpostos nicht bestehe und daß auch die gegenwärtige Finanzlage der Postverwaltung eine solche Erhöhung nicht bedingte. Alles andere werde von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Beim Chef der Heeresleitung, General Heye, fand ein Vierabend statt, zu dem außer höheren Offizieren des Heeres und der Marine Vertreter der Reichsregierung, der preussischen Regierung und der Länder, Vertreter der Parlamente und der Presse sowie Führer der Industrie geladen waren.

Warschau. In Warschau, Wilna und in den Umkreis wurde im Auftrage des Ministers des Innern die Auflösung der Unabhängigen Bauernpartei und der weißrussischen Sromada bekanntgegeben. Gleichzeitig wurden umfangreiche Hausdurchsuchungen bei hervorragenden Mitgliedern der Unabhängigen Bauernpartei vorgenommen.

Ein Kompromiß in der Arbeitszeitfrage zustande gekommen.

Berlin, 22. März. Der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien des Reichstages verhandelte heute abend unter Beteiligung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns und der Fraktionsführer Graf Westarp (Dn.) und Dr. Schulz (Dp.) nochmals über das Arbeitszeitgesetz mit dem Erfolg, daß eine Kompromißlösung gefunden wurde. Ueber die Einzelheiten wird noch Stillschweigen bewahrt. Eine Unterkommission wird in den nächsten Tagen die Formulierung fertigstellen.

Erklärung des sächsischen Gesandten Dr. Gradnauer im Haushaltsausschuss des Reichstages.

Berlin, 22. März. Die Erklärung, die der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer im Haushaltsausschuss des Reichstages zur Frage des Mittellandkanals abgegeben hat, lautet: Wie bereits in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 15. d. M. zum Ausdruck gebracht wurde, müssen die beiden am Südlügel des Mittellandkanals beteiligten Länder Sachsen und Anhalt gegen den Antrag auf Kürzung des Etatsbittels um 20 Millionen Mark entscheidenden Einspruch erheben.

Sie stützen sich dabei in erster Linie auf die zwischen Reich und beteiligten Ländern über den Bau des Mittellandkanals geschlossenen, vom Reichstage und Reichsrat gebilligten Staatsverträge von 1920 und 1926, laut denen der Bau des Südlügels zum integrierenden Bestandteil des Bauprogramms für den Gesamtkanal geworden ist. Sachsen und Anhalt müssen aus den Grundzügen von Loyalität und Vertragstreue unbedingt auf der Wahrung der ihnen aus diesen Verträgen zustehenden Rechte bestehen, wie sie solchenfalls ihrerseits sich an die ihnen durch die Verträge auferlegten Verpflichtungen für gebunden erachten. Außerdem muß mit allem Ernst darauf hingewiesen werden, daß durch die Abtrennung des Baues des Südlügels der einheitliche Charakter des Bauprogramms des Mittellandkanals, das die Hauptstrecke und den Südlügel als untrennbares Ganzes behandelt, gestört werden würde. Die Folgen einer solchen Trennung müßten sich vor allem in einer Neuaufrollung der großen Schwierigkeiten der Gesamtfinanzierung des Kanalprojektes auswirken.

schlossenen, vom Reichstage und Reichsrat gebilligten Staatsverträge von 1920 und 1926, laut denen der Bau des Südlügels zum integrierenden Bestandteil des Bauprogramms für den Gesamtkanal geworden ist. Sachsen und Anhalt müssen aus den Grundzügen von Loyalität und Vertragstreue unbedingt auf der Wahrung der ihnen aus diesen Verträgen zustehenden Rechte bestehen, wie sie solchenfalls ihrerseits sich an die ihnen durch die Verträge auferlegten Verpflichtungen für gebunden erachten. Außerdem muß mit allem Ernst darauf hingewiesen werden, daß durch die Abtrennung des Baues des Südlügels der einheitliche Charakter des Bauprogramms des Mittellandkanals, das die Hauptstrecke und den Südlügel als untrennbares Ganzes behandelt, gestört werden würde. Die Folgen einer solchen Trennung müßten sich vor allem in einer Neuaufrollung der großen Schwierigkeiten der Gesamtfinanzierung des Kanalprojektes auswirken.

Aus dem Steueraussschuss des Reichstages.

Berlin, 22. März. Der Steueraussschuss des Reichstages beschäftigte sich heute bei der Einzelberatung des Finanzausgleiches mit dem Problem des Ausgleiches zwischen Industriellen, Arbeitern, Wohngemeinden und Gemeinden des Betriebsjahres. Die Regierungsparteien beantragen auch hier eine Verringerung, die sie damit begründen, daß die fortschreitende Konzernbildung eine anderweitige Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteueranteile für die Gemeinden notwendig mache. Die Vertreter der Oppositionsparteien erklärten, sie könnten die Tragweite dieses komplizierten Antrages nicht übersehen und verlangten eine schriftliche Begründung des Antrages mit zahlenmäßigen Angaben über seine Auswirkungen durch das Reichsfinanzministerium. Diese Begründung wurde von Seiten der Regierung versprochen. Die verlangte Begründung wurde jedoch von den Regierungsparteien abgelehnt und der Kompromißantrag, dem sich die Regierung angeschlossen hat, wurde gegen die Stimmen der Linken in erster Lesung angenommen.

Die Aufwertungsanträge im Rechtsausschuss des Reichstages.

Berlin, 22. März. Der Rechtsausschuss des Reichstages führte heute die allgemeine Aussprache über die Aufwertungsanträge und die Regierungsvorlage zu Ende und beschloß, in der Spezialberatung zunächst die Frage einer Zulässigkeit eines Volksentscheides zur Entscheidung zu bringen, dann den Regierungsvorschlag zu beraten und alsdann die Frage einer Aufwertung der Werksparzellen zu prüfen. Zulezt soll dann in Verbindung mit dem Reichsfinanzministerium die Frage geprüft werden, inwieweit eine Verringerung der Kriegsanleihe-Altbesitzer gegenüber dem jetzigen Anleiheabzugsgezet möglich ist.

Bermischte Nachrichten aus aller Welt.

Die Untersuchung der Ursachen des Zusammenbruchs. Berlin. Der mit der Untersuchung der Ursachen des Zusammenbruchs beauftragte Unterausschuss im parlamentarischen Untersuchungsausschuss vernahm den früheren Oberbeizler Weckers. Der Zweck der Vernehmung richtete sich auf Aufklärung der politischen Verhältnisse auf der Flotte unter dem Gesichtspunkt, ob in den Kreisen der Mannschaften bewußt auf Umsturz in der Richtung der Organisationen der U.S.V. und der noch weiter links stehenden hingearbeitet wurde. Weckers war Oberbeizler auf dem Schlachtkreuzer „Prinz Luitpold“. Er führte aus, die letzte Ursache eines gemeinsamen Vorgehens der Mannschaften sei die Unzufriedenheit mit dem ihnen vorgesetzten Offizier gewesen. Nach der Kampfung den sogenannten Referatsengroschen, der für jede Delate in einen Referatsfonds gestossen sei, habe mit hineingepfiffelt. Es sei eine Organisation, der sogenannte Soldatenbund, gegründet worden, um die Mißstände im Offizier zu beseitigen. Eine politische Betätigung sei nicht erfolgt.

ein Kronleuchter von venezianischem Glase mit allen Arten farbiger Bögel, blauer, violetter, grüner, die mitten unter den Strahlen saßen. Um den Kronleuchter standen große Armlencher, an der Wand sah man Spiegelbilder mit drei- und fünffachen Armen; Gläser, Kristall, Silbergeschirr, Porzellan, alles glänzte und lachte. Die leeren Stellen zwischen den Leuchtern waren mit Blumen ausgefüllt, so daß, wo nicht ein Licht, doch eine Blume war.



Marius nahm den Platz Baljeans neben Cosette ein. In dem Wohnzimmer spielten drei Violinen und eine Flöte gedämpfte Quartette von Haydn. Die Gäste traten, voraus Gilleenormand mit Cosette am Arm, in den Speisesaal und verbreiteten sich nach der bestimmten Ordnung um die Tafel. Zwei große Sessel standen da, rechts und links von der Braut, der erste für Gilleenormand, der zweite für Baljean. Gilleenormand setzte sich. Der andere Sessel blieb leer. Man sah sich nach „Herrn Fauchelevent“ um. Er war nicht mehr da. Gilleenormand rief den Diener. „Weißt du, wo Herr Fauchelevent ist?“ „Herr“, antwortete der Diener, „soeben hat mir Herr Fauchelevent aufgetragen, dem Herrn zu sagen, er habe Schmerzen an seiner kranken Hand und könne nicht mit dem Herrn Baron und der Frau Baronin speisen, er bitte, daß man ihn entschuldige, er werde morgen früh kommen. Er ist eben fortgegangen.“ Der leere Sessel für die Heiterkeit des Hochzeitsmahles, aber wenn auch Fauchelevent fehlte, Gilleenormand war da und der Großvater strahlte für

zwei. „Nun“, sagte er, „der Sessel ist einmal leer. Komm daher, Marius. Deine Lante, wenn sie auch ein Recht auf dich hat, wird dir es erlauben. Der Sessel ist für dich, nach dem Gesetz, und es wird auch ganz hübsch so.“ Händeklatschen an der ganzen Tafel. Marius nahm den Platz Baljeans neben Cosette ein und die Folge war, daß Cosette, die anfangs die Abwesenheit Baljeans betrieblt hatte, sich endlich darüber freute.

Von dem Augenblicke an, als Marius den Baljean ersehnte, hatte Cosette den lieben Gott nicht vermisst. Sie stellte ihren niedlichen kleinen Fuß in weißem Atlas auf den Fuß des Marius.

Als der Sessel besetzt war, war Fauchelevent ersehnt und es fehlte nichts. Fünf Minuten nachher lachte die ganze Tafel von einem Ende bis zum anderen mit aller Lust des Vergessens.

Was war aus Baljean geworden? Der alte enseliche Kampf begann von neuem. Jakob rang mit dem Engel nur eine Nacht, ach, wie oft haben wir Baljean im Dunkeln mit seinem Gewissen in heftigem Kampfe gesehen!

In dieser Nacht indes fühlte Baljean, daß er den letzten Kampf kämpfe. Es stellte sich ihm eine Frage, eine schmerzliche Frage dar.

Wie sollte er sich zu dem Glück Cosettes mit Marius verhalten? Dieses Glück hatte er gewollt, hatte er geschaffen, und er konnte es mit Befriedigung betrachten. Aber was sollte er, Baljean, nun mit diesem Glück tun, da es bestand, da es da war? Sollte er sich diesem Glück aufdrängen, sollte er es behandeln, als gehöre es ihm? Sollte er seine Füße, die den unehrlich machenden Schatten des Gesetzes nachzogen, in dem Salon Gilleenormand an den Kamin stellen? Sollte er teilnehmen mit Cosette und Marius an dem, was geschehen würde?

Sollte er das Dunkel auf seiner Stirn und die Wolken auf ihr verdichten? Sollte er mit ihrem zweifachen Glück sein Unglück mischen? Sollte er noch fernier schweigen? Mit einem Worte, sollte er neben den beiden Glücklichen der düstere Stimme des Schicksals sein? Welchen Entschluß faßte er? Welche Antwort gab er dem unbeflecklichen Verhör des Schicksals? Welche Tür sollte er öffnen? Welche Seite des Lebens sollte er schließen? (Fortsetzung folgt.)

Der Mutter Lied. Wenn eine Mutter leis ihr Kind In süßen Mittagsschlaf gesungen, Dann haben wohl im Sommerwind Viel kleine Glöckchen mitgeklungen. Und all der zarte, weiche Klang, Von Blütenbust und Blatt getragen — Das Lied, das einst die Mutter sang, Macht heimwehkrank in späten Tagen. Frieda Calliez.

Der Kompromißantrag der Regierungsparteien über die Biersteuer im Ausschuss angenommen.

Berlin. Im weiteren Verlauf der Beratungen im Steueraussschuss des Reichstages wurde der Kompromißantrag der Regierungsparteien über die Biersteuer mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen. Für die Deutsche Volkspartei hatte der Abg. Reinath vorher noch erklärt, daß die Beteiligung seiner Fraktion an dem Kompromißantrag nur eine vorläufige sei.

Die Gemeindegetränksteuer vor dem Steueraussschuss.

Berlin. Im Steueraussschuss des Reichstages wurde im Verlaufe der Debatte zur Frage der Gemeindegetränksteuer von den Regierungsparteien beantragt, daß die Gemeinden mit Genehmigung der Landesregierung oder der von ihr beauftragten Behörden Steuern auf den örtlichen Verbrauch von Bier erheben dürfen. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn sicher ist, daß die Neueinführung oder Erhöhung der Biersteuer durch die entsprechenden Steuerentlastungen auf anderen Gebieten, insbesondere auf dem Gebiet der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer ausgeglichen wird. Die Steuer dürfe nur von dem Hersteller des Bieres oder demjenigen erhoben werden, der Bier in die Gemeinden einführt. Sie dürfe 7% des Herstellerpreises nicht überschreiten. Staatssekretär Popitz erklärte, die Lösung der Getränkesteuer durch den Reichsfonds, die eine weitere Verschlechterung der Finanzlage des Reiches bedeute, müsse deshalb abgelehnt werden. Der Ausweg müsse gefunden werden, indem man auf die Vergangenheit zurückgehe, wo die Biersteuer die wichtigste Gemeindegetränksteuer war. Der Regierungsvorredner empfahl daher den Antrag der Regierungsparteien. Gegen die Besteuerung des Weines beständen solange Bedenken, als die Krise des Weinbaues nicht überwunden sei. Der Brauwirtschaftsmonopol so ausgiebig wie möglich erfasst werden.

Opfer der kommunistischen Zusammenstöße mit der Polizei in Berlin.

Berlin, 23. März. Bei Zusammenstößen, die am Dienstag abend zwischen den demonstrierenden Kommunisten und der Polizei stattfanden, sollen nach den Feststellungen der Roten Fahne auf der Weberwiese, wo sich etwa 2000 Mann zu einem Demonstrationsszuge versammelt hatten, ein Kommunist getötet, 5 schwer verletzt und über 20 Personen leicht verletzt worden sein.

Blutiges Ehedrama in Hamburg.

Hamburg, 22. März. In einem Hause am Grindelweg in Hamburg spielte sich heute ein blutiges Ehedrama ab. Ein von seiner Frau getrennt lebender Ehemann gab auf seine Frau zwei Schüsse ab und entlebte sich dann selbst. Die schwer verletzte Frau wurde dem Krankenhaus zugeführt.

Beim Pflücken von Röhren erschossen.

Hagen, 22. März. Im hiesigen Stadtpark pflückten drei junge Burischen Mädchen, als ein Schuß fiel, durch den der eine der Burischen schwer getroffen wurde. Als Täter wurde der Privatförster aus Bochle festgenommen. Ob ein unglücklicher Zufall, Fahrlässigkeit oder Vorsatz vorliegt, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Eine ganze Familie tot in den Betten aufgefunden.

Hanau, 22. März. Heute vormittag wurde in der Wohnung des Kalkgrubenbesizers Deich in Gleichenbach der Vater, die Stiefmutter, sowie das dreijährige Stiefkinder tot aufgefunden. Die gerichtliche Untersuchung ist im Gange.

Der Ministerjohn als Heiratschwindler.

Paris, 23. März. Der Sohn des früheren belgischen Kriegsministers Spaert, der unter dem Namen Frawoß Betrügereien und Heiratschwindel beging, wurde gestern in Paris verhaftet. Er hatte sich zuletzt mit einer 17jährigen Reeders-Tochter verlobt und war mit ihr wenige Stunden vor der Hochzeit geprügelt.

Verurteilung eines Gefängnisdirektors.

Neumünster. Der vom Amt suspendierte Direktor des Zentralgefängnisses Neumünster, Wilhelm Schimming, wurde vom Großen Schöffengericht Neumünster wegen vorsätzlicher Gefangenenerleichterung zu 200 Reichsmark Geldstrafe an Stelle der an sich verwirkten einmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Es handelt sich um das Verhalten Schimmings gegenüber dem in die Mordsache Rathenau verwickelten Marineoberleutnant Brandt, der im Gefängnis eine Vorzugsbehandlung genoss, die fast einer Aufhebung der Gefangenschaft gleichkam. Trotzdem sich ein Teil des Anlagematerials nicht aufrechterhalten ließ, erkannte das Gericht auf vorsätzliche Gefangenenerleichterung.

Spiel und Sport.

Sp. 54 Länder sind durch das Schweizerische Olympische Komitee zur Teilnahme an den 2. Olympischen Winterspielen im Februar 1928 in St. Moritz eingeladen worden.

Sp. Im internationalen Schachmeisterturnier in New York hat nach der 19. Runde Capablanca weiter mit 13 1/2 Punkten vor Ujechin mit 10 P. plus Hängepartie und Nimzowitsch mit 10 Punkten die Führung, nachdem die Partie Capablanca-Nimzowitsch remis endete.

Sp. Einen Rekordversuch im 400-Meter-Freistilschwimmen unternimmt Heinrich Leipzig am nächsten Sonntag anlässlich der Klubmeisterschaften des „Poseidon“, Leipzig.

Sp. Neuer Weltrekord Schnäbels. Der Weltrekordflieger Schnäbel der Junkers-Werke ist auf dem Flugplatz in Dessau nach einer Flugzeit von 22 Stunden 11 Minuten glücklich gelandet. Er legte den Flug auf einer Junkers-Maschine „J. 33“ mit Junkers-Motor bei einer Nutzlast von 500 Kilogramm zurück und hat somit eine Gesamtstrecke von 2770 Kilometer durchflogen. Damit hat er seinen Weltrekord der vorigen Woche von 2300 Kilometer weit überboten.

Der größte Turnkreis der Deutschen Turnerschaft ist weiterhin der Kreis Freistaat Sachsen, der zu Beginn des Jahres 1251 Vereine mit insgesamt 270 378 Kreisangehörigen umfasst.

Bei den internationalen Skispringen auf dem Feldberg (Schwarzwald) siegte der österreichische und schweizerische Skimeister Glas-Klingenthal Note 18,86 vor dem deutschen Skimeister G. Müller-Bayerischzell 17,527 und Trojan-Schweiz 17,457.

Der Schwergewichtler Sandwina, dessen Disqualifikation (auf ein Jahr) durch die Bogsporbehörde Deutschlands von der Internationalen Bog-Union als rechtsverbindlich für die ihr angehörenden Landesverbände anerkannt worden ist, wird seinen nächsten Kampf in London am 30. März gegen O'Reilly bestreiten; am gleichen Tage kämpft Herse gegen Newton.

Die Billard-Weltmeisterschaft der Amateure hat der Belgier Moons in Paris erfolgreich verteidigt. Der Kampf um den zweiten Platz ist noch zwischen Dommering, Farouz, Soussa und Martenet zu entscheiden.

Deutschlands außenpolitische Lage.

Dr. Stresemann vor dem Reichstag.

Für friedliche Entwicklung.

Seit Tagen schon war in der öffentlichen politischen Aussprache die Erwartung gesteigert worden auf die Darlegungen des aus Genf zurückgekehrten Reichsaussenministers über den Stand der deutschen Außenpolitik. Wenn dem Zuhörer im Reichstagsaal bei Beginn der Rede Dr. Stresemanns die vielen leeren Sätze der Abgeordneten entgegenkamen, wenn die Tribünen im Gegensatz zu anderen Tagen nur schwache Besetzung aufwiesen, so konnte man fast auf den Gedanken kommen, dem Volke und seinen berufenen Vertretern sei die Außenpolitik zurzeit ziemlich gleichgültig. Ein etwas satirisch veranlagter Staatsbürger meinte allerdings, man wisse die außenpolitischen Dinge in so vortrefflichen Händen, daß man sich darum überhaupt nicht mehr zu kümmern brauche. Selbst die Ministerkollegen des Redners waren nicht zu sehen. Erst allmählich fanden sich Reichskanzler Marx und Vizekanzler Hertel ein. Das gute Beispiel wirkte: einzeln, zu zweien und dreien erschienen mehr und mehr auch die Reichsboten und schließlich hatte Dr. Stresemann noch ein ansehnliches Auditorium. Er sprach energisch, auch im Äußern sichtlich durch seinen Aufenthalt im Süden getränkt. Energisch, aber diplomatisch zurückhaltend. Die gebotene Zurückhaltung Deutschlands bei den schwebenden Konflikten im Fernen Osten, am Balkan, beim englisch-russischen Gegensatz betonte er, die selbstverständliche strenge Neutralität. Aber seine Stimme hob sich, als er die Forderung nach baldiger Räumung des Rheinlandes als eine Forderung der gesamten deutschen Nation nannte — ohne Unterschied der Parteien. Diese Räumung sei eine natürliche Folgerung aus dem von Deutschland in Locarno, in Genf gezeigten Friedenswillen. Ihre Erfüllung dürfe nicht überlange auf sich warten lassen, solle die Hoffnung auf friedliche Entwicklung Europas nicht enttäuscht werden. Und das Haus zollte den Worten Beifall. Dann eröffnete Dr. Breitscheid von der Sozialdemokraten den Reigen der Parteiredner.

Sitzungsbericht.

(293. Sitzung.) OB. Berlin, 22. März.

Die zweite Lesung der Haushaltspläne des Postministeriums und der Reichsdruckerei wurde Montagabend in einer bis 10 Uhr ausge dehnten Sitzung erledigt. Heute ging das Haus an die Beratung des

Stats des Auswärtigen Amtes.

Zunächst berichtet Abg. Dr. Hoeßlich (Dm.) über die Ausschussverhandlungen, die sich wesentlich im Rahmen des Sachlichen und der Verwaltungsangelegenheiten hielten. Nachdem Dr. Hoeßlich seine Ausführungen in kurzer Zeit beendet hat, nimmt das Wort sofort

Reichsaussenminister Dr. Stresemann.

Er spricht zunächst über die Finanzlage im Haushalt des Auswärtigen Amtes. Dieser spielt im Rahmen des Gesamthaushalts nur eine bescheidene Rolle; im vorigen Jahre umfaßte er 55 Millionen, in diesem Jahr 59 Millionen. Eine Million weniger an Einnahmen hat die erfolgreiche Verringerung der Passgebühren verursacht. Der Minister kommt dann auf die besetzten Pläne zu sprechen, die dahin zielen, infolge von Berliner Straßendurchbrüchen die Geschäftsräume des Auswärtigen Amtes zu trennen. Jeder Außenminister würde so wie er sich gegen solche Pläne verhalten, man dürfe ihm keine persönlichen Motive unterstellen. Nun geht der Minister zu den außenpolitischen Fragen über und sagt: In den vergangenen Jahren habe ich in einer Erörterung der außenpolitischen Fragen die Aufgaben unserer Außenpolitik im Rahmen der Beziehungen Deutschlands zu den einzelnen fremden Staaten zur Sprache gebracht. Die großen Fragen, um die es sich für uns speziell handelte, sei es die Reparations-, die Rheinlands-, die Sicherheits- oder die Völkerbundesfrage,

waren so gelagert, daß unsere Stellungnahme zu ihnen sich aus den Fragen selbst und unserem Verhältnis zu denjenigen Ländern ergaben, die uns dabei gegenüberstanden. Lassen Sie mich heute einen anderen Weg gehen. Wir sehen in der gesamten Weltlage Entwicklungen, die uns zwingen, bei unseren außenpolitischen Erwägungen mehr und mehr auch die Faktoren zu berücksichtigen, die außerhalb unserer eigenen auswärtigen Beziehungen liegen.

Wir sehen einmal höchst bedeutsame Vorgänge, die sich im Fernen Osten abspielen. Wir sind ferner Zeuge von ersten Auseinandersetzungen zwischen zwei großen Ländern, deren Politik für Deutschland von unmittelbarer Bedeutung ist. Dazu kommen in den letzten Tagen überraschende Nachrichten, die darauf hinweisen, daß auch die mit der Lage auf dem Balkan zusammenhängenden internationalen Beziehungen Elemente der Unsicherheit aufweisen. Man wird gut tun, von den alarmierenden Meldungen, mit denen zunächst über die letzteren Vorgänge berichtet wurde, viel abzusehen lassen. Soweit sich die Dinge bisher von Deutschland aus übersehen lassen, glaube ich nicht, daß irgendwelche akute Gefahr besteht. Ich glaube das insbesondere aus den Mitteilungen schließen zu können, die wie in der Presse bereits bekanntgegeben, die italienische Regierung uns in diesen Tagen zu gehen ließ. Der Wille, Europa vor jeder Kriegsgefahr zu bewahren, hat in allen Ländern so stark Wurzel geschlagen, daß ein Friedensbruch der Weltverurteilung verfallen würde.

Die Stellung Deutschlands

In diesen großen internationalen Fragen ist von vornherein eine gegebene. Seit den letzten Jahren hat sich die außenpolitische Lage Deutschlands in weitgehendem Maße geklärt. Wir haben infolge dieser Klärung eine feste Grundlage für die Entschlüsse gewonnen, vor die wir etwa künftig gestellt werden könnten. Deutschland hat nur das eine große Interesse, daß die Entwicklung nicht unterbrochen, und daß die Bemühungen um die Herbeiführung einer internationalen Zusammenarbeit am Wiederaufbau Europas nicht gestört werden. Wir können nichts dabei gewinnen, daß Verwicklungen zwischen britischen Staaten entstehen, welche Mächte das auch sein mögen. Wir können ebensowenig wünschen, daß sich die Staaten Europas, wie vor dem Weltkriege, in zwei getrennten Lagern gegenübersehen. Für Deutschland kommt eine Politik der Sonderbündnisse nicht in Betracht, sondern nur eine Politik, die den Gedanken der Verständigung und des Ausgleichs widerstreitender Interessen fördert.

Daraus ergibt sich, daß die Ereignisse, von denen wir sprachen, an der grundsätzlichen Einstellung unserer bisherigen Außenpolitik nichts geändert haben und auch künftig nichts ändern werden. Wohin unsere Wege gehen, das zeigen die internationalen Verträge, die wir in den letzten Jahren geschlossen haben. Unser Weg ist gekennzeichnet durch die Verträge von Locarno, den Eintritt in den Völkerbund und den Berliner Vertrag. Damit liegen unsere Absichten und Ziele offen vor aller Welt zutage. Daß wir uns in dieser Situation von jeder unnötigen Einmischung fernzuhalten haben, versteht sich von selbst. Soweit aber Deutschland zu einer Mitwirkung berufen sein sollte, kann unser Bemühen nur darauf gerichtet sein, zur Befestigung jener Spannungen das Unrisiko beizutragen. Sie werden es

bestimmen finden, wenn ich mich angesichts der gegenwärtigen Lage auf diese allgemeinen Bemerkungen beschränke. Es gehört jedoch in den Zusammenhänge dieser großen allgemeinen Frage, daß ich noch auf einen Einzelpunkt hinweise, der bei der Stellung Deutschlands gegenüber etwaigen Konflikten dritter Mächte von Wichtigkeit sein könnte. Zu meiner Überzeugung haben einzelne russische Zeitungen plötzlich wieder die altbekannte Frage aufgeworfen, ob Deutschland bei Verwicklungen in östlichen Ländern den Truppen von westlicher Mächten

den Durchmarsch durch deutsches Gebiet

zu gestatten habe. Diese Frage ist aus Anlaß der Locarno-Debatte hier so ausführlich behandelt worden, daß es nicht nötig ist, darauf noch einmal sachlich in allen Einzelheiten einzugehen.

Für die Frage des sogenannten Durchmarschrechtes kommt ausschließlich der bekannte Artikel 16 der Völkerbundsatzung in Betracht, und zwar nach Maßgabe der ebenso bekannten Note, welche die übrigen Locarnomächte hinsichtlich der Tragweite dieses Artikels an Deutschland gerichtet haben. Weitere Abmachungen irgendwelcher Art über diese Fragen bestehen nicht.

Ich kann nur meinem Ersäunen darüber Ausdruck geben, daß einzelne russische Zeitungen es für angebracht halten, die Wahrheit und Vollständigkeit der früheren offiziellen deutschen Erklärungen in Zweifel zu ziehen und erneute Erklärungen in dieser Angelegenheit zu fordern. Zu solchen neuen Erklärungen liegt keinerlei Anlaß vor. Seit meinen letzten Darlegungen über unsere eigene auswärtige Politik hat Deutschland an zwei Tagungen des Völkerbundes teilgenommen. Die Ergebnisse dieser Tagungen umfassen die Fragen der Regelung des Zubehörsprotokolls, insbesondere die Befestigung der oft diskutierten „éléments stables“ im Rheinlande, die Aufhebung der Militärkontrolle über Deutschland, die inzwischen Tatsache geworden ist, sie umfassen den für spätestens Juni vorgesehenen

Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet

und die Errichtung des dortigen Bahnschutzes, ferner Fragen der Behandlung deutscher Minderheitschulen im Ausland. Darüber hinaus haben wir an der Behandlung von Fragen teilgenommen, die mittelbar durch den grundsätzlichen Charakter der getroffenen Entscheidung sowie durch unsere Mitwirkung an unterstützenden Aktionen im Völkerbund oder an der Befestigung von Streitfragen zwischen verschiedenen Nationen und die Möglichkeit geben, in diesen Fragen mitzuarbeiten.

Die beiden Tagungen des Völkerbundes haben einen neuen Beweis dafür erbracht, wie richtig der Entschluß war, Deutschland durch den Eintritt in den Völkerbund die Möglichkeit dieser aktiven Mitarbeit zu geben. Die Deutschland betreffenden Fragen stehen im Völkerbund besonders in der vordersten Reihe, weil der Völkerbund neben seinen großen allgemeinen Aufgaben auch zum Vollstrecker einer Reihe von

Bestimmungen des Versailler Vertrages

gemacht worden ist und wir selbstverständlich in diesen Fragen als Sachwalter unserer eigenen Angelegenheiten auftreten. Das haben wir im Dezember und am Anfang dieses Monats getan und das werden wir weiterhin tun. Gewiß ist es uns nicht in allen bezeichneten Fragen gelungen, den deutschen Standpunkt restlos zur Geltung zu bringen. Wir haben bei Aufrechterhaltung unseres Rechtsstandpunktes in einigen wichtigen Punkten uns zu Kompromissen für die Gegenwart verstanden. Wir haben uns dabei auch nicht gescheut, in offener und ausführlicher Diskussion unseren deutschen Standpunkt und die Kritik der Tätigkeit des Völkerbundes in früheren Zeiten bestimmt zum Ausdruck zu bringen. Es zeugt von der Stabilität des Völkerbundes, daß der Völkerbund sich durchaus tragfähig erwiesen hat für die offene Diskussion, wie sie letztlich dort stattgefunden hat. Gerade diese offene Diskussion im Völkerbund und die im Anschluß an jede Völkerbundtagung gegebene Möglichkeit zu offener vertrauensvoller Aussprache mit den leitenden Staatsmännern anderer Staaten berechtigen uns zu der Erwartung, daß der lokale Verständigungswille, den wir bei Erörterung dieser Fragen gezeigt haben, auch von der Gegenseite in den großen Fragen bewiesen wird, deren Lösung noch vor uns liegt. Sie wissen alle, an welche Fragen ich dabei denke. Wir waren zu der Hoffnung berechtigt, daß man auch in denjenigen Ländern, welche noch Truppen im Rheinland stehen haben, zu der Erkenntnis gekommen wäre, daß eine

baldige Räumung des Rheinlandes und die Rückgabe des Saargebietes

an Deutschland eine Notwendigkeit wäre. Wir stehen heute vor der Tatsache, daß wir uns in den letzten Monaten von der Erfüllung dieses Wunsches eher entfernt haben, als daß wir ihr nähergekommen wären. Ich will an dieser Stelle und zu dieser Stunde auf die Ursachen, die hierzu geführt haben, nicht eingehen. Sie liegen außerhalb und nicht innerhalb Deutschlands. Wenn ich als Außenminister angesichts des augenblicklichen Standes der Dinge dazu rate, die weitere Entwicklung dieser ohne Ausbrüche der Ungeduld abzuwarten, so weiß ich, wie leicht ein derartiger Standpunkt sich kritisieren läßt. Ich bitte Sie aber, das Wort „abwarten“ nicht gleichzusetzen mit dem Gedanken passiver Resignation seitens der Regierung. Sie wissen, daß die Regierung, wenn sie die Räumung des Rheinlandes fordert, sich stützen kann auf die im Versailler Vertrag selbst gegebenen völkerrechtlichen Grundlagen, sich stützen kann auf die moralische Auswirkung der Locarnoverträge, sich stützen kann auf jene von den führenden Großmächten Europas gewünschte Entwicklung eines guten Einverständnisses mit Deutschland, das mit der Aufrechterhaltung der Besetzung des Rheinlandes schlechterdings nicht vereinbar ist.

Wir wissen ebenso, daß die alsbaldige Räumung des Rheinlandes ohne den guten Willen der anderen beteiligten Mächte schwer erreicht werden kann. Es wird und muß aber auch im Auslande die Erkenntnis reifen, daß das, was wir erstreben, nicht eine bloße Vergünstigung für Deutschland ist. Es handelt sich dabei vielmehr um die natürliche Folgerung der bisherigen politischen Entwicklung, um eine Konsequenz, die im Interesse aller beteiligten Länder liegt.

Man kann diese Konsequenz nicht lange hinauschieben, wenn jene Entwicklung nicht gestört werden soll. Es gibt in dieser Forderung keine Differenzierung unter den deutschen Parteien. Sie ist eine

Forderung des gesamten deutschen Volkes.

Was wir von der Volkvertretung und der öffentlichen Meinung erbitten, ist lediglich das Vertrauen, der Regierung die Entscheidung darüber zu überlassen, welche Schritte nach dem weiteren Verlauf der Dinge zu tun sind.

Wir lag daran, in dieser Stunde der Entwicklung großer europäischer Fragen mich auf die wesentlichen Gesichtspunkte zu beschränken, und ich hoffe zugleich im Namen der Reichsregierung, daß der Deutsche Reichstag in der Beurteilung dieser Fragen mit ihr einig gehen wird.

Die Rede des Ministers, die vom Hause durchweg mit großer Aufmerksamkeit angehört wurde, erhielt bei ihrer Beendigung lebhaften Beifall.

Die Aussprache der Parteien

began sofort der sozialdemokratische Abg. Dr. Breitscheid. Er gab zunächst seiner Sorge Ausdruck wegen der drohenden Welle am außenpolitischen Horizont. Innerhalb haben der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Befestigung der Militärkontrolle die Aussichten einer Verständigung mit Frankreich verflärt und auch innenpolitisch sei die Zustimmung der Deutschnationalen zur Völkerbundpolitik ein Fortschritt. Der Redner bedauerte dann, daß der Völkerbund in China noch nicht aemtaend einareifen könne. Er erklärte die

Behauptung nur unrichtig, wonach der englische Außenminister verjucht habe, Deutschland in eine kriegerische Koalition gegen Sowjetrußland hineinzuziehen. Deutschland denke aber nicht daran, sich zum Vorkippen Rußlands in Europa zu machen oder dem Ausdehnungsdrange der Sowjets anders gegenüberzutreten als dem des englischen Kapitalismus. Der Redner empfahl eine Verständigung mit Polen. Bei dem durch Mussolini verursachten italienisch-jugoslawischen Konflikt müsse Deutschland sich natürlich völlig neutral verhalten. Das Genfer Ergebnis sei ein Mißerfolg Deutschlands gewesen. Die Deutschnationalen hätten das Mißtrauen des Auslandes erweckt und eine vernünftige deutsche Außenpolitik erschwert. Zu Stresemann hätten die Sozialdemokraten früher Vertrauen gehabt. Dieses Vertrauen könne jetzt suspendiert werden. (Beifall bei den Soz.)

Reichsaussenminister Dr. Stresemann bedauerte die Auserzungen Breitscheids, worin Mussolini als Friedensstörer bezeichnet wird.

Deutschnationale Erklärung.

Abg. Dr. Spahn (Dm.) gab für seine Fraktion eine Erklärung ab. Bebauertlicherweise seien die deutschen Erwartungen bei den Beratungen des Völkerbundes getäuscht worden. Auch die für Deutschland besonders wesentlichen Beschlüsse über die Verhältnisse im Saargebiet und in Oberschlesien seien unbefriedigend. Die Beschlüsse des Völkerbundes, wofür das Kabinett die Verantwortung übernommen hat, seien aber nunmehr auch für die Deutschnationalen die gegebenen Grundlagen für die weitere Arbeit. Daher gäben sie der Erwartung Ausdruck, daß Außenminister und Kabinett in enger Fühlung miteinander dafür sorgen, daß der deutsche Rechtsstandpunkt bei den weiteren Verhandlungen im Völkerbund eingehalten werde. Die Aufrechterhaltung der Besetzung habe nach den von Deutschland gegebenen Sicherheiten jeden Sinn verloren. Ihr Aufheben sei eine unerläßliche Voraussetzung der Verständigung und Befriedung, die nach den Erklärungen aller Staatsmänner von allen Mächten erstrebt wird.

Abg. Kaas (Ztr.) warf einen Rückblick auf die bisherigen Verhandlungen in Genf und erklärte, daß die Frucht der deutschen Tätigkeit im März v. J. nicht ausgeblieben sei. Im Gegensatz vom März des Vorjahres sei der Reichsaussenminister diesmal mit einem positiven Ergebnis zurückgekommen, das aber charakterisiert sei durch einen Kompromiß, der aber objektiv wenig befriedigen könne. Zu dem Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Polen und Deutschland sagte der Redner, daß seine politischen Freunde bei aller noch so deutlichen Beurteilung der polnischen Widerstände den Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen bedauern. Das Zentrum müsse die Schaffung friedlicher Wirtschaftsbeziehungen mit Polen fordern. Deutschland wolle den Frieden für sich und Europa.

Abg. Freiherr von Rheinbaben (D. Vp.) erklärte das Genfer Ergebnis als nicht gerade befriedigend. Man müsse aber dem Minister dafür danken, daß er in Würdigung und Vertretung der deutschen Interessen erreicht habe, was im Augenblick möglich gewesen sei. In der obersteleischen Frage sei die deutsche Politik sehr weit entgegengekommen. In bezug auf die Saarfrage erinnerte der Abgeordnete an die Rede des französischen Ministerpräsidenten Briand vom September in Genf. Damals hätte er nicht nur das Wort geprägt „Weg mit den Kanonen und Gewehren!“, sondern auch von dem Prestige des Völkerbundes. Dann aber habe er den Rechtsstandpunkt mit einer Handbewegung beiseitegeschoben.

Der Beginn der außenpolitischen Debatte im Spiegel der Berliner Presse.

Berlin, 23. März. Der Beginn der im Hinblick auf die großen politischen Ereignisse mit Spannung erwarteten außenpolitischen Aussprache im Reichstage wird in der Berliner Presse allgemein günstig beurteilt.

Die Tägliche Rundschau stellt früher einen bemerkenswerten Wandel fest. Die außenpolitische Aussprache im Reichstage könne jetzt, wie die gestrige Aussprache bewiesen habe, mit der richtigen Front vor sich gehen. Sie sei nicht mehr ein großes innerpolitisches Ereignis, weil die Frage des Vertrauens oder Mißtrauens überhaupt nicht mehr zur Debatte stehe, sondern sie sei eine parlamentarische Aktion, die sich nach außenpolitischen Gesichtspunkten richte.

Auch die Vossische Zeitung stellt fest, die gestrige Debatte habe gezeigt, daß der Kampf um das System unserer Außenpolitik ausgelämpft sei.

Ebenso bemerkt das Berliner Tageblatt, daß es keine Opposition mehr in der Außenpolitik gebe. Uns besonders geschieht wird die Formulierung des deutschen Standpunktes zu den großen internationalen Fragen erachtet, die keinen Zweifel darüber lasse, daß Deutschland den unbedingten Willen zur Neutralität habe.

Nach der Germania ist das Beste, was über die gestrige Reichstagsdebatte zu sagen sei, die Tatsache, daß sie dem verbreiteten französischen Mißtrauen gegen neue Strömungen in Deutschland keine weitere Nahrung zugeführt habe.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meint, das deutsche Volk werde mit Erleichterung feststellen, daß die außenpolitische Debatte an ihrem ersten Tage nichts gebracht habe, was man als Belastung unserer schwierigen Stellung empfinden müßte.

Die Börsenzeitung stellt als erfreuliches Zeichen fest, daß jede der bisherigen Debatteredner die großen internationalen Fragen: Ostasien, England, Rußland, Balkan, Nordamerika usw. und nicht die spezifisch deutschen Fragen berührt habe.

Die Kreuzzeitung meint, die große außenpolitische Aussprache im Reichstage stehe unter der Wolke des Pessimismus.

Die Deutsche Tageszeitung hebt hervor, daß in der Debatte eigentlich von allen Parteirednern eine starke Ernüchterung über diesen Völkerbundsrat und eine Mißbilligung seines Verhaltens und seiner Methoden zum Ausdruck gekommen sei.

Der Börsenkurier meint, die Rede des Reichsaussenministers sei ebenso lehrreich gewesen durch das, was sie gesagt habe, wie durch das, was sie verschwiegen habe.

Der Vorwärts sagt, Dr. Stresemanns Rede habe gezeigt, daß keine außenpolitischen Erfolge erzielt worden seien.

Ein Mißtrauensvotum der Kommunisten gegen den Reichsaussenminister eingebracht.

Berlin, 22. März. Im Reichstag haben die Kommunisten beim Haushalt des Auswärtigen Amtes ein Mißtrauensvotum gegen Reichsaussenminister Dr. Stresemann eingebracht.

Abstriche am Mittellandkanalbau.

Berlin. Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschloß, den mit 40 300 000 Mark vorgesehenen Etatstitel zur Fortsetzung des Mittellandkanalbaues östlich Hannover um 20 Millionen Mark zu kürzen. Ebenso wurde beschlossen, daß die Bauausführungen am Südbügel zunächst unterbleiben sollen. Vorher hatte der sächsische Gesandte, Gradnauer, eine Erklärung abgegeben, worin er gegen die Kürzung und die Einstellung der Arbeiten am Südbügel protestierte. Auch der anhaltische Vertreter gab eine ähnliche Erklärung ab.

Börse und Handel.

Amliche Berliner Notierungen vom 22. März.

* Börsebericht. Die Tendenz war manderlei Schwankungen unterworfen, nach schwachem Beginn war die Börse im weiteren Verlauf im wesentlichen widerstandsfähig, für vereinzelte Spezialwerte machte sich lebhafteres Interesse geltend. Der Geldmarkt war recht flüssig, namentlich kurzfristiges Geld wurde reichlich angeboten, es notierte tägliches Geld 3,50 bis 5,50 %, monatliches Geld 7-8,50 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,20-4,22; engl. Pfund 20,43-20,49; holl. Gulden 168,44-168,86; Danz. 81,69 bis 81,89; franz. Frank 16,48-16,52; schweiz. 80,94 bis 81,14; W. g. 58,51-58,65; Italien 19,17-19,21; schwed. Krone 112,66-112,94; dän. 112,26-112,54; norweg. 109,81 bis 110,09; tschech. 12,42-12,50; österr. Schilling 59,21 bis 59,35; poln. Zloty (nichtamtlich) 46,80-47,04.

Produktenbörse.

Berlin, 22. März. Die überfälligen Forderungen sind für Weizen unverändert, für Roggen ermäßigt. Vom Inland bleibt Weizen spärlich und nur in geringeren Qualitäten angeboten. Roggen in Stahlmengen vermehrt und billiger offeriert. Für beide Brotgetreidesorten bleibt Polen weiter Respektant. Im Weizenlieferungsgebiet zeigen sich infolge augenblicklich fehlender Kündigungsware per März Deckungen, die dessen Preis steigerten, während Mai sich behauptete. Für Roggen war die Tendenz durchschnittlich matter und für laufenden Monat stellte sich der Preis in der Anfangsnote um 1/2 W. billiger. Spätere Sichten waren ebenfalls billiger behauptet bei wenig Geschäft. Der Mehlhandel ist hier gleich schwierig geblieben wie bisher. Von Roggenmehl zeigt sich zu bisherigen billigen Preisen Frage vom Rhein her. Gerste hatte bei wenig Angebot weiter Begeh nach guten Sorten. Hafer wird in den Forderungen hoch gehalten. Der Konsum hält hier aber zurück. Auch aus Mitteldeutschland ist die Frage ruhiger geworden.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

Table with 4 columns: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc. and their prices in Reichsmark.

17. Ziehung 5. Klasse 190. Sächs. Landeslotterie

Ziehung am 22. März 1927. (Düne Gewinne.) Alle Nummern, neben welchen keine Gewinnbezeichnung steht, sind mit 180 Mark gezogen.

Large table listing lottery numbers and their corresponding prizes in Reichsmark.

Fememordprozess Wilms.

(9. Tag.) § Berlin, 22. März. Der Vorsitzende verlas das Protokoll einer Vernehmung des Hauptmanns Gutknecht, nach dem Gutknecht niemals den Befehl zur Abholung des Wilms gegeben haben will. Der frühere Kommandant des Spandauer Arbeitskommandos, von Senden, sagte als Zeuge aus, daß seine Offiziere ihre Waffen nicht eher haben abgeben wollen, als bis ihren Mannschaften die Amnestie zugesichert worden sei. Nach einem Anruf beim Innenministerium habe ihnen Oberst von Voelke dies zugesagt. Der Zeuge v. Voelke stellte die Waffenübergabe darauf anders dar. Seine energische Aufforderung zur Waffenübergabe hätte schon genügt. Polizeivizepräsident Weiß, 1923 Chef der Politischen Polizei, wies darauf hin, daß ein von ihm entlassener Beamter Flemming Aufschüßler von ihrer Verhaftung gewarnt habe und auch im Verdacht stehe, wichtige Akten dem Oberleutnant Schulz zugeföhrt zu haben. Flemming befände sich jetzt wie Hauptmann Gutknecht in Afrika. Der militärische Sachverständige von Hammerstein stellte den Leuten der Arbeitskommandos als vaterlandsliebenden Soldaten ein günstiges Zeugnis aus. Allerdings stehe es fest, daß sich später Aufschüßler in ihre Reihen haben einschleichen können. Der ehemalige Leutnant Hann, der in Landsberg freigesprochen worden ist, schilderte seine bekannte Unterredung mit Schulz in einem kürzlichen Café: „Schulz gab mir die allgemeinen Dienstweisungen und kam dann auch auf den Fall der Munitionsföhebung zu sprechen. Was er dabei genau gesagt hat, kann ich unter meinem Eid nicht ausagen. Bei meiner ersten Vernehmung, als ich angeklagt war, stand ich auch unter dem Druck dieser Verhöre. Schulz hat darauf hingewiesen, daß man derartige Leute überhaupt nicht einstellen dürfe, damit solche Fälle vermieden werden. Dann kamen noch allgemeine Ausführungen, die ich vielleicht falsch aufgefaßt habe. Ich habe es aufgefaßt, als ob Schulz meinte, solche Leute müßten nach tüchtig verhaften werden. Ob er das wirklich so gemeint hat, kann ich nicht sagen.“ Der Vorsitzende macht den Zeugen darauf aufmerksam, daß er vor dem Untersuchungsrichter wesentlich mehr ausgesagt habe. Sie haben damals erklärt, es sei Ihnen klar gewesen, daß Klapproth den Gädide besitzeln sollte. Im Fort Eschornow habe Klapproth Gädide mit dem Kopf auf den Betonfußboden gestoßen, wo Leutnant Dabrowski sich zwischen die beiden geworfen hat. Sie hätten dann Klapproth von weiteren Schlägen zurückgehalten. Weiter haben Sie erzählt, Sie hätten gerüchweise gehört, daß der Unteroffizier Brainer von der Feme ermordet worden sei. Diese Aussage haben Sie dann bei einer späteren Vernehmung ausdrücklich aufrechterhalten. Zeuge Hann: „Ich habe damals mehr erzählt als wahr.“ Nachdem dann die Verteidigung auf die Vernehmung der preussischen Minister Am Rehnhoff und Stegerwald verzichtete, kam es noch einmal zu einer sehr interessanten Gegenüberstellung zwischen Hann und Stein. Der Zeuge Schmidt-Halbschuh gab dann noch auf Befragen des Justizrats Hahn zu, daß seine Aufzeichnungen über die Femefälle durch einen Mittelsmann an die Behörden verkauft worden seien, jedoch nicht an das preussische Innenministerium, die Abteilung IA, sondern an den Reichskommissar für die öffentliche Ordnung, Major Buchrucker gab dann zu den Darlegungen des Oberleutnants von Hammerstein eine Erklärung ab. Rechtlich sei die Stellung der A. S. so gewesen, wie Oberst Hammerstein es dargelegt habe. Praktisch müßten sich die Leute aber als Soldaten fühlen. So habe das A. S. Berlin wiederholt die Wache vor dem Palais des Reichspräsidenten gestellt und A.-S.-Leute hätten vor dem Reichspräsidenten präsentiert. Strafantrag gegen Pfarrer Pänksche. Zu einem Zwischenfall kam es bei der erneuten Vernehmung des ehemaligen Moabiter Gefängnispfarrers Pänksche. Dieser erklärt ganz offen, daß er schriftlichen Vermittlungsverfahr von einem zum anderen wegen Fememordes föhrenden Gefangenen begünstigt habe. Was die gewöhnliche Gefängnisprache Klaffler nennt, nennt er freilich „Fragebogen“. Erster Staatsanwalt Nombrecht: Ich möchte mitteilen, daß von uns aus Strafantrag gegen den Pfarrer Pänksche gestellt worden ist.

Barmat-Prozess.

Vernehmungen über die Postkredite. Im Barmat-Prozess begannen die Zeugenvernehmungen zum Falle Lange-Hegermann. Zunächst wurde der Zentrumsgesandte Prälat Professor Schreiber als Zeuge gehört. Er betonte, daß er Anfang Mai 1924 nach der Reichstagswahl an Lange-Hegermann herangetreten sei, um der Papierfabrik Burtcher in Kötowitz, die in Schwierigkeiten geraten war, einen Kredit zu beschaffen. Schreiber schilderte, daß man mit dem Reichspostminister Dr. Hoeße in Verbindung getreten sei, der sich zuerst nicht abgeneigt gezeigt habe, aber zur Verbindung stellte, daß ein Sanierungsplan eingebracht werde und eine D-Vant die Übermittlung und die Staatsbank das Giro übernehmen müsse. Als dann Hoeße mit Burtcher gesprochen hatte, sei die Sanierung vom Minister abgelehnt worden. Lange-Hegermann: Ich glaube, daß Professor Schreiber mit Minister Hoeße schon vorher über die Sanierung gesprochen hat. Ich halte Minister Hoeße nicht für eine wirtschaftliche Begabung, sondern die wirtschaftliche Begabung Professor Schreibers ist meiner Ansicht nach noch viel größer. Deshalb nehme ich an, daß die Vorschläge zur Sanierung und für meine Einschaltung von Professor Schreiber ausgingen. Auf Vorhalt des Vorsitzenden, der sich bemüht, den Gegenstand zu den Ansagen Lange-Hegermanns und Professor Schreibers anzuklären, betonte der Zeuge Schreiber erneut, daß wohl von Lange-Hegermann bei den Besprechungen gesagt worden sei, daß Schäfer (Vonn) als Käufer in Frage kommen werde, da eine Sanierung anders nicht möglich sei. Lange-Hegermann habe aber nicht gesagt, daß es sich um Postgelder handelte, die nach Kötowitz gehen sollten, und ebensowenig sei er (der Zeuge) unterrichtet worden, daß die Familie Burtcher nicht persönlich finanziert worden ist, wie es zuerst vorgeschlagen war, sondern, daß Schäfer (Vonn) das Geld zum Ankauf der Fabrik Kötowitz bekommen hatte. Davon habe er erst im Jahre 1925 aus der Presse erfahren. Angeklagter Lange-Hegermann: Ich habe nie mit der Wahrheit hinter dem Verge gehalten, daß es sich doch um Postgelder handelte und wie die Sanierung schließlich zustande gekommen ist. Aber all die Dinge und wie sie sich abgespielt haben, habe ich Professor Schreiber reinen Wein eingeschenkt. Das hielt ich nicht nur für eine Höflichkeitspflicht, sondern für meine Pflicht.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Der Landfriedensbruch in Kühlberg i. E. 5 Angeklagte der kommunistischen Partei, die am 16. August vorigen Jahres in Kühlberg bei Bärenstein groben Anruf verübt, Dekorationen und Fahnen heruntergerissen und zertreten, sowie einen unbedeutenden Baumeister schwer verletzt hatten, wurden nach zweitägiger Verhandlung zu je 5 bis 10 Monaten Gefängnis wegen einfachen und schweren Landfriedensbruch verurteilt. 11 Angeklagte, denen nicht mit Sicherheit ihre Beteiligung nachgewiesen werden konnte, wurden freigesprochen. § Verurteilung angelegener deutscher Spione in Skatowitz. Im Spionageprozess Richter, der nach dreitägiger Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgeschlossen wurde, lautete das Urteil für Franz Richter auf fünf Jahre Zuchthaus, Irene Richter auf ein Jahr Gefängnis und Ewald Richter auf acht Monate Gefängnis. Das Urteil wurde damit begründet, daß die Angeklagten mit dem deutschen Spionagedienst, insbesondere mit Polizeirat Buzzel in Verbindung standen und ein Mitglied des polnischen Spionagedienstes nach Dentschen lockten, um es dort verhaften zu lassen. Außerdem soll der Hauptangelegte Material über die Kämpfe am Annaberg und Scheinprotokolle über die Eisenbahn dem tschechischen Polizeipräsidenten ausgehändigt haben. § Verurteilung eines falschen Krügers. Ein Mann namens Bruno Siegmund hatte sich in Wismar als Prinz Fjodor-Birlein eingeföhrt und sich verschiedene Betrugsföhungen zuschreiben lassen. Das Schöffengericht verurteilte ihn deswegen zu drei Monaten Gefängnis und wegen unerlaubten Waffentragens zu drei Tagen Gefängnis.

Benutzt Wohlfahrtsbriefmarken!

§ Verschiebung des „Wiking“-Olympia-Prozesses. Auf Antrag der Rechtsanwältin Justizrat Dr. Hahn, Vlod und Dr. Sachs ist die Plenarverhandlung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik in Sachen „Wiking“ und „Olympia“ verschoben worden. Sie soll nunmehr am 21. April beginnen. § Keine Haftentlassung im Fall Rosen. Die Beschäftigten des Breslauer Gerichts hat die Entscheidung des Untersuchungsrichters befähigt und die Haftentlassung der wegen des Mordes an Professor Rosen verhafteten Wirtschaftlerin Neumann und des Schlossers Strauß abgelehnt, da nach wie vor dringender Tatverdacht vorliegt. Neue Tatsachen hat in dessen die Untersuchung immer noch nicht ergeben. § Der Giesener Fememordprozess. Unter starkem Andrang des Publikums begann vor dem Schwurgericht in Gießen der Fememordprozess gegen den Chauffeur Schwing, den früheren Leutnant von Salomon und den früheren Oberleutnant und ehemaligen Redakteur des Stahlhelms, Friedrich Wilhelm Heinz. Zu dem Prozess sind über 80 Zeugen geladen. Die Anklage lautet gegen Schwing und von Salomon auf Mordversuch, gegen Heinz auf Beihilfe. Der Mordversuch ist der Anklage zufolge in der Nacht zum 5. Mai 1922 in Bad Nauheim an dem Oberleutnant a. D. Wagner begangen worden. § Fünf Monate Gefängnis für Beleidigung Hirtfelders. In einem Prozess wegen Beleidigung des preussischen Wohlfahrtsministers hatte sich in Essen der verantwortliche Redakteur des Wochenblattes Das freie Wort zu verantworten. Zugrunde lagen die vielfach auch schon von anderer Stelle erörterten falschen Beschuldigungen des Ministers anlässlich eines Wiener Aufenthaltes, die auch Das freie Wort in einem Artikel besprochen hatte. Der angeklagte Redakteur wurde zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten verurteilt. § Eine Rase ist 325 000 Frank wert. Vor der Pariser Strafkammer wurde ein Entschädigungsprozess eines Pariser Mannes verhandelt. Die junge Dame hatte bei einem Automobilunfall ihre Rase verloren. Das Gericht sprach ihr einen Schadenersatz von 325 000 Frank zu und hat damit einen Rekord für Frankreich aufgestellt. § Revision im Sokrates-Prozess. Ein Athener Rechtsanwalt beim höchsten griechischen Gericht beantragt, daß der Prozess gegen Sokrates aus dem Jahre 399 v. Chr. revidiert wird. Nach anfänglicher Ablehnung will das Gericht jetzt auf die juristischen Gründe des Anwalts näher eingehen. § Landgerichtsdirektor Hoffmann legt Verufung ein. Gegen das Urteil des Raumburger Disziplinarsenats hat Landgerichtsdirektor Hoffmann Verufung eingelegt. § Empfindliche Geldstrafen wegen Schwarzbrennerei. Wie aus Koblenz gemeldet wird, verurteilte das Erweiterte Schöffengericht den Branntweinbrenner Papst Hubert aus Leutesdorf am Rhein, der von Juli bis September 1924 bei der Zollbehörde nicht angemeldete Vorräte gebrannt hatte und gleichzeitig die Steuer hinterzog, zu einer Geldstrafe von 74 000 Mark, zu einem Verurteil von 20 000 Mark und an Stelle einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen zu 500 Mark Geldstrafe. § Wegen Beleidigung des Reichsbankpräsidenten verurteilt. Wegen Beleidigung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und des Reichsbankdirektoriums hatten sich vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte der Verlangsbuchhändler Theodor Frisch aus Leipzig und der verantwortliche Redakteur des Deutschen Tageblatts, Fritz Hilgenhof, zu verantworten. Frisch hatte in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Hammer“ am 1. August v. J. einen Artikel mit der Überschrift veröffentlicht: „Falschmünzerei der Reichsbank?“ Dieser Artikel war vom Deutschen Tageblatt übernommen worden. Das Urteil lautete gegen Frisch auf eine Geldstrafe von 300 Mark, gegen Hilgenhof auf 200 Mark Geldstrafe. § Zuchthausstrafen wegen Brandstiftung. Wegen vorsätzlicher Brandstiftung, durch die im September vorigen Jahres dreißig Häuser mit Nebengebäuden in Sandberg in der Rhön eingestöhrt worden waren, und wegen Versicherungsbetruges wurden in Schwina in der Provinz zu fünf Jahren Zuchthaus, Katharina Linke zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und Heinrich Söder zu drei Jahren drei Monaten Zuchthaus verurteilt.

Mus Stadt und Land.

Wertblatt für den 21. März.

Sonnenaufgang 5²⁷ | Mondaufgang —
Sonnenuntergang 6¹⁷ | Monduntergang 8²¹ P.
1844 Bertel Thorwaldsen gest.

Neue Schutzvorschrift für den Fleischtransport. Dieser Tage hat im Reichsverkehrsministerium eine Verhandlung mit Vertretern der Reichsgesundheitsbehörden, der Deutschen Reichsbahngesellschaft und des Fleischhandels über die Frage der Einführung gesundheitslicher Schutzvorschriften bei Beförderung von frischem Fleisch in Eisenbahnwagen stattgefunden. Es wurde einstimmig beschlossen, den Anforderungen der öffentlichen Gesundheitspflege nach einwandfreier Fleischbeförderung in der Weise zu entsprechen, daß unverpacktes frisches Fleisch, einschließlich Gefrierfleisch und Fleischwaren, unter die nur bedingungsweise zur Beförderung zugelassenen Güter der Anlage C zur Eisenbahnverkehrsordnung aufgenommen und der Eisenbahn vorgeschrieben werden solle, Eisenbahnwagen (ausgenommen Kutschwagen), in denen Ladungen frischen Fleisches befördert werden sollen, vor der Verladung auf Kosten des Abnehmers einer sorgfältigen Reinigung mit heißem Wasser oder in anderer gleich wirksamer Weise zu unterwerfen. Die Maßnahme soll beschleunigt durchzuführen werden.

Der Gauturnrat des Meißner Hochlandgaues richtet an die ihm angeschlossenen Vereine folgenden Aufruf:

Vereine des Meißner-Hochland-Turngaues
Liebe Turner und Turnerinnen!

Unser Meißner-Hochland-Turngau feiert in den Tagen vom 2. bis 4. Juli d. J. sein 1. Gauturnfest als Großgau. Die Turnbrüder der Turngemeinde Bad Schandau haben das Fest bereitwillig übernommen. Die Vorbereitungen haben in der Feststadt sowohl als auch im Gauturnausflug begonnen. Die gastfreundliche, für die deutsche Turnfrage begeisterte Einwohnerschaft von Bad Schandau verspricht uns einen herzlichen Empfang und eine freundliche Aufnahme.

Eine vielseitige Turnordnung mit Wettkämpfen, Vereinswettkämpfen, allgemeinen Übungen und Sonderveranstaltungen gibt jedem Gelegenheit, sich beim Fest nach seiner Weise zu betätigen. In der Festordnung vorgezeichnete Feste und Feiertage wollen uns die großen turnerischen Gedanken innerlich erleben lassen. Wanderungen und Elbfahrten in die herrliche Felsenwelt der Sächsischen Schweiz werden uns im Kreise lieber Freunde begeistern für die Schönheiten unseres Vaterlandes.

Wir laden Euch alle herzlich ein zu diesem Fest. Wir bitten Euch schon heute: Nichtet Euch ein mit Euerem Urlaub und Eueren Ferien! Haltet die Tage vom 2. bis 4. Juli frei für unser Gauturnfest!

Glückauf zu froher Arbeit für das Fest!

Gut Heil und frohes Wiedersehen bei dem Fest!

Der Gauturnrat.

R. Hellriegel, R. Selmann,
Gauvertreter. Gauoberturnwart.

Energische Maßnahmen zur Belebung und Förderung des Fremdenverkehrs nach und in der Sächsischen Schweiz? Kaum eine Gebirgsgegend Deutschlands ist in den letzten Jahren so vernachlässigt worden, wie die Sächsische Schweiz. Während man nach dem Muster der Schweiz namentlich in Bayern, aber auch sonst in Süddeutschland und in Tirol durch Bergbahnen alles getan hat, um Fremde heranzuziehen, tat man in Sachsen und besonders in unserer Sächsischen Schweiz in dieser Hinsicht so gut wie nichts. Mit Mühe und Not ist wenigstens die Fichtelbergbahn bei Oberwiesenthal gebaut worden — gegen lebhafte Proteste des Sächsischen Heimatsehers. So große Verdienste er sonst hat, scheint er doch grundsätzlich gegen Bergbahnen zu kämpfen. So hat er, wie allgemein bekannt ist, kürzlich ja auch den Bau einer Seilseilbahn auf den Lilienstein mit Hilfe des Finanzministeriums zu verhindern gewünscht. Wie jetzt von einer ansehnlich gut informierten Stelle aus verlautet, gehen die Bemühungen, den Lilienstein mit seinen prächtigen Fernblicken dem allgemeinen Fremdenverkehr zu erschließen, weiter. An Stelle der ursprünglich geplanten Schwebebahn soll ein das Landschaftsbild nicht beeinträchtigender, wenig sichtbar Fahrstuhl treten. Derselbe soll beständig auch die von uns vor einigen Tagen veröffentlichte Meldung über den geplanten Bau einer Schwebebahn Schmilla—Großer Winterberg. Damit nicht genug, sollen auch durch Ausbau von Autostraßen die Gebirge am Brand und am Lilienstein in einen größeren Verkehr einbezogen werden. Nach Kenntnis der Dinge wird das Wirtschaftsministerium diese Pläne eifrig fördern, denn es ist bekannt, daß der neue Wirtschaftsminister Dr. Wilhelm sich für die Sächsische Schweiz und die Förderung ihres Verkehrs und ihrer Wohlfahrt mit großem Interesse schon früher eingesetzt hat. Man darf gespannt sein, inwieweit diese Pläne einmal in die Tat umgesetzt werden.

Die mittlere Reife. Der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist auf ihre kurze Anfrage vom 1. Februar 1927 folgende Antwort des Ministeriums für Volksbildung zugegangen: „Aus den Ausführungsbestimmungen über die mittlere Reife vom 8. Februar 1927 unter I ist ersichtlich, daß eine Gleichstellung des Zeugnisses der mittleren Reife mit dem Zeugnis der Reife für O II nicht erfolgt ist. Das würde im Widerspruch gestanden haben zu der im Reichsschulsausschuß allgemein — auch von Sachsen — vertretenen Ansicht, daß die O II-Reife die mittlere Reife einschließt. Das Ministerium für Volksbildung hat mit seiner Verordnung vom 4. Januar 1927 in keiner Weise beabsichtigt, von diesem Standpunkte abzuweichen, mußte aber, da es sich in dieser Verordnung lediglich um eine grundsätzliche Regelung handelte, die Einzelbestimmungen einer besonderen Ausführungsverordnung vorbehalten, wie sie nunmehr in der Verordnung vom 8. Februar 1927 vorliegen. Mit dieser Verordnung dürften die im Lande entstandenen Zweifel und Beunruhigungen behoben sein, zudem Ziffer I, 5 der genannten Verordnung die Aufnahme nach O II ausdrücklich von dem Bestehen einer Prüfung, im Falle jeden Überganges aus einer Schulart in eine andersartige — auf ihrem Gebiete höhere Ansprüche stellende — abhängig macht. Selbstverständlich soll mit der unter I, 5 der genannten Verordnung verfügten Aufnahmeprüfung nicht der irrigen Ansicht Vorbehalt geleistet werden, als ob das Zeugnis für die mittlere Reife seinen Inhabern ohne weiteres die Befähigung für ein Fortkommen in einer höheren Schule zuspreche. Ohne besonders umfangreiche Vorbereitungen insbesondere in den Fächern, die in den höheren Abteilungen der Volksschule entweder gar nicht oder nur in geringerem Ausmaß betrieben werden können, wird ein Schüler, der das Zeugnis der mittleren Reife besitzt, ebensowenig die Aufnahme in die O II erreichen, wie etwa ein Realschulabiturient, der in die P II eines Realschulabteilung oder Gymnasium eintreten will.“

Postlewig. Die neue Serpentinstraße nach der Schrammsteinbaude ist jetzt ziemlich fertiggestellt. Durch den Bau erhält die Schrammsteinbaude eine zeitgemäße Verbindung mit der Bad Schandau—Schmillaer Straße.

Königsfeld. Lachsfang. Ein hiesiger Fischer hat vor einigen Tagen das letzte Glüd, einen 17pfündigen Silberlachs zu fangen, der vom Pächter des Basteihotels käuflich erworben wurde.

Sohnstein. Die Entlassungsfeier in der Volksschule fand hier Montag, den 21. d. M., statt. Der Festraum war mit frischem Tannengrün und Blumen ganz hervorragend schön geschmückt. Von den Kindern mit hübschen Handzeichnungen gefertigte Festordnungen waren verteilt worden. Entsprechende Gesänge, Geigenvortritte und Gedichte umrahmten die Ansprache des Lehrers Schmidt. Warme und beherzigenswerte Worte gab er den Scheidenden mit auf den Weg. Die Entlassung selbst erfolgte durch Oberlehrer Polster, der den Kindern namens der Lehrerschaft noch ein herzliches „Lebt wohl“ zurief. Mit dem Choral „Befiehl du deine Wege“ schloß die schön verlaufene, von Eltern und Freunden der Schule gut besuchte Feier. — Die Entlassungen in der Verbandsfortbildungsschule erfolgten Montag (Mädchen) und Dienstag (Knaben). Schulleiter Siegert fand treffliche Worte an die abgehenden jungen Menschen. Gesänge und Gedichtvortritte verhörnten die würdige Feier. Die scheidenden Mädchen überreichten als Dankesbeweis für das, was ihnen die Schule geboten, für die Schulleiterin eine schöne Standuhr; der Schulleiter wie auch die Fachlehrer dankten dafür herzlich.

Dresden. Mißbrauchte Gutmütigkeit. Das Kriminalamt Dresden teilt mit: In der Nacht zum 17. März hatte ein hiesiger Einwohner einen Unbekannten, der ihn im Innern der Stadt angesprochen, ihm seine Mittellosigkeit geklagt und ersuchte, für die Nacht eine Unterkunft zu haben, mit nach seiner Wohnung genommen, um ihn zu beherbergen. Seine Gutmütigkeit wurde ihm schlecht belohnt, und recht unangenehm war seine Enttäuschung, als er am Morgen feststellen mußte, daß sich sein Gast bereits heimlich entfernt hatte und u. a. zwei wertvolle Uhren, zwei Anzüge und einen Winterüberzieher, Gegenstände, die zum Teil einem Untermieter gehörten, hatte mitgehen lassen. Der Untandbare konnte einige Tage später in der Person eines 22 Jahre alten Schloßers von hier von der Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen werden. Das Diebesgut, welches er bereits unter Wert verkauft hatte, wurde zum größten Teil wieder herbeigebracht und dem Geschädigten ausgehändigt.

Dresden. Unfall des Wien—Berliner Verkehrsflugzeuges. Wie die Leitung des Flugplatzes Heller mitteilt, machte sich gestern mittag 12.50 Uhr im Walde von Zinnwald auf dem Ramme des Erzgebirges eine Notlandung des auf dem Rückfluge von Wien nach Berlin befindlichen Verkehrsflugzeuges notwendig. Das Flugzeug wurde dabei leicht beschädigt. Der Flugzeugführer sowie die sechs Passagiere blieben völlig unverletzt und traten im Auto die Weiterfahrt nach Dresden an. Von einem Fahrteilnehmer werden über den Unfall noch folgende Einzelheiten berichtet: Auf Verlangen der tschechoslowakischen Grenze bei Bodenbach überflogen und nicht in Richtung Teplitz, das in gerader Luftlinie zwischen Dresden und Prag liegt. Das Flugzeug folgte deshalb von Dresden aus bis Pirna der Elbe, um dann über Gottleuba und den Nollendorfer Paß nach Bodenbach zu fliegen. Der Rückflug geht in der gleichen Weise in umgekehrter Richtung vor sich. Während nun auf der ganzen Fahrt von Berlin bis Wien sowohl am Montag als auch am Dienstag überall klares Wetter und gute Sicht waren, machten sich über dem Erzgebirgsstamm an beiden Tagen die berücktesten Nebel bemerkbar, die am Dienstag so stark waren, daß der Flugzeugführer die Richtung verlor, so daß er mitten im Walde südlich von Eickwald in der Nähe des Seegrundes auf Fürstlich Lobkowitzs Revier zur Notlandung gezwungen war. Die Passagiere gingen zu Fuß nach Zinnwald, von wo sie im Kraftwagen nach Dresden abgeholt wurden.

Dippoldiswalde. Talsperrenbau Lehmühle-Reichstädt. Der Bau der Talsperre bei der Lehmühle macht rüstige Fortschritte. Am Freitag fand die Grundsteinlegung zur Baukannte statt. Daneben werden zwei Wohnbaracken zur Unterbringung von Facharbeitern aufgestellt.

Meißen. Die erste Baumblüte. In Meißen-Fscheila steht auf einem Grundstück in der Werdemannstraße infolge der warmen Frühlingserwitterung ein Aprikosenbaum in voller Blüte.

Meißen. Goethe-Gedenktafel in Meißen. Auf Anregung des Kapellmeisters Görlisch vom Meißner Stadttheater soll am Goethe-Haus (Hotel Goldner Ring), demnach eine Goethe-Gedenktafel angebracht werden, die bereits ihrer Vollendung entgegengeht. Das Personal der Porzellanmanufaktur des Meißner Tageblattes, des Stadttheaters, sowie der Besitzer des Goethe-Hauses haben Sammlungen eingeleitet, um die nötigen Mittel aufzubringen.

Riesa. Fünf Arbeiter durch eine Stichflamme verletzt. Im Mitteldeutschen Stahlwerke A.-G., Werk Riessa, verunglückten in der Abteilung Generatoren beim Reinigen der Gasleitung durch Verbrennungen 5 Arbeiter. Im Gassanal entzündeten sich der abgeleitete Rauch und Teer, wobei die Leute durch die entstandene Stichflamme im Gesicht und an den Händen Brandwunden erlitten. Ein Arbeiter, dessen Verletzungen schwerer Natur waren, mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden, während die anderen vier Verletzten nach ihren Wohnungen transportiert wurden.

Strehla a. d. E. Lachsfang. Einen guten Fang machte ein Fischermeister in Belgern, indem ihm an einem Tage zwei Lachse von je etwa 1 Meter Länge ins Netz gingen.

Großhain. Radunfall. Bei der Heimkehr von einer in Meißen stattgefundenen Berufsversammlung stürzte der Maschinenführer Richard Lösche aus Großhain auf der abschüssigen Straße zwischen Porschütz und Strießen vom Rade. Er wurde besinnungslos im Straßengraben aufgehoben und nach dem Krankenhaus gebracht. Sein Zustand ist bedenklich.

Pulsnitz. Unregelmäßigkeiten bei der Pulsnitzer Bank. In letzter Zeit gingen Gerüchte über die Pulsnitzer Bank, die aufzuklären, der Zweck einer von fast sämtlichen Mitgliedern der Bank besuchten Generalversammlung war. Direktor Rowe von der Dresdner Bank gab über die Ergebnisse bekannt, daß Direktor Fabian veranlaßt worden sei, sein Amt niederzulegen und daß die übrigen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Versammlung ihre Ämter zur Verfügung gestellt haben. Er gab weiter einen Bericht über den Stand der Bank, aus dem hervorgeht, daß die Revision eine Vermögensbilanz von 450 000 M ergeben hat. Da die Mittel erschöpft waren, konnte die Bank ihren Verpflichtungen den Mitgliedern gegenüber nicht nachkommen. Die Höchstkreditgrenze von 15 000 M ist zum größten Teil überschritten, es sind Kredite bis zu 100 000 M gewährt worden. Die Gesamtverluste der Bank betragen 120 000 M Wechselverpflichtungen und 97 000 M Kontokorrent, die nicht eingezogen. Die zur Sanierung der Bank gemachten Vorschläge wurden von der Generalversammlung einstimmig zum Beschluß erhoben.

Wunder-Eben

Leipzig Belle 357,1. — Dresden Belle 294.

Donnerstag, 24. März.

4.30—6.00: Nachmittagskonzert des Leipziger Musikvereins. 1. Ouvertüre zu „Tautred“. 2. „Peer-Gynt“ Suite Nr. 2. 3. Fantasie aus der Oper „Der Prophet“. 4. Totentanz. 5. Walzer aus „Die Puppenfee“. 6. Melodien a. d. Operette „Die lustigen Nibelungen“. * 6.05 bis 6.30: Aufwertungsgrundfunt. * 6.30—6.55: Deutsche Belle, Berlin. Spanisch für Fortgeschrittene. * 7.00—7.30: Bruno Krämer, Quersurt: Bilder aus dem Memelgebiet. * 7.30 bis 8.00: Dr. Dr. Simons, Berlin: Deutschland und das Auslandsstum. Der Wert der Wechselwirkungen in Vergangenheit und Zukunft. * 8.00: Wettervorausage, Schneebericht, Zeitangabe. * 8.15: Operettenabend. Mitwirk.: Margarete Köpfer (Gesang), das Leipziger Musikorchester, Gesangsbegeleitung: Alfred Simon. 1. Ouvertüre z. Operette „Die schöne Helena“. 2. Aus der „Schönen Helena“; Lied der Helena: Sende glühende Liebe — Arie der Helena: Ich schuldbehaft. 3. Walzer a. d. Operette „Der Sternquader“. 4. Lied aus „Jaredwisch“: Einer wird kommen — Lied aus „Clo-Clo“: Komm, die Nacht gehört der Sünde. 5. Fantasie aus „Walzertraum“. 6. Romanze aus „Sugditierts Brautfahrt“: Brinjeschen saß träumend — Der letzte Walzer aus der gleichnamigen Operette „Singenbe, klingenbe Walzermusik“. 7. Melodien aus „Die Bajare“. * 10.00: Pressebericht und Sportfunt. * 10.30: Funtstille.

Berlin Belle 484, 566.

12.30: Die Viertelstunde für den Landwirt. * Onkel Doktor als Märchenzähler: Moll, eine Hundegeschichte. Erzählt von Dr. med. E. Mosbacher. * 4.30—6.00: Kapelle Gebirder Steiner. * 6.30: Prof. Dr. W. Möbe, Leiter d. Instituts f. industrielle Psychotechnik: Zweckmäßige Arbeitsgestaltung. * 7.05: Spanisch. * 7.30: Dr. R. Jarek: Deutscher Gegenwart (Graf Herm. Seyferling). * 8.00: Dr. R. Singer: Die musikalische Bildung des Arbeiters (Die musikalischen Formgebilde). * 8.30: Beethovens Musik zu „Egmont“ mit Zwischentiteln nach Goethe und Grillparzer. Rezitationen: Karl Ebert. Berliner Musikorchester. Dirigent: Bruno Seidler-Winler.

Königsbrunn-Hausen Belle 1250.

2.30—3.00: Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlin: Kaffeestunden und ihre Zubereitung. * 4.00—4.30: Reg.-Rat Dr. Käthe Gabel: Überblick über die akademischen Berufe: Theologie, Bibliothekarin, Architektin, Landwirtin. * 4.30 bis 5.00: Ob.-Schullehrer Westermann: Aus dem Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht. * 5.00—5.30: Redakteur Müller-Rabusch: Weltpolitische Stunde. * 5.30—6.00: Prof. Dr. Windelband: Bismarcks auswärtige Politik. * 6.00—6.30: Prof. Dr. Freemann: Düngung und Pflege der Weiden und Wiesen. * 6.30—6.55: Spanisch. * 6.55—7.20: Dr. Ebert, Schleswig: Schleswig-Holsteins Erhebung im Jahre 1848. * 7.20—7.45: Dr. Ebert, Schleswig: Aus schleswig-holsteinischen Dichtungen. * Ab 8.30: Übertragung aus Berlin.

Stettin Belle 252 bringt das gesamte Berliner Programm.

Vimbach b. Wilsdruff. Ueberfahren. Beim Langholzfahren verunglückte am Sonnabend der Gechirrführer Träbert vom hiesigen Rittergute auf dem Wege nach der Landstraße. Sein etwa 100 Zentner schwerer Wagen fuhr ihm ein Bein ab.

Brodowig. Auf dem Krankenlager erschossen. Hier erschloß sich am Montag früh in seiner Wohnung im Krankbett der Polizeihauptwachmeister K. Hiersemann. Er litt seit langem an einer unheilbaren Krankheit, weshalb er seinem Leben selbst ein Ziel setzte.

Freiberg. Des Kindes Engel. Am Sonnabend nachmittag wurde am Eingang der Keulen Gasse von einem aus der Richtung des Kreuztores kommenden Personenauto ein Kind angefahren. Wie Augenzeugen versichern, trifft den Wagenführer kein Verschulden. Das Kind ist in den Wagen hineingelaufen. Es erlitt glücklicherweise nur leichte Verletzungen.

Zwickau. Das gestörte Stahlhelmkonzert. Die Stahlhelmkapelle Zwickau hatte sich gestern mittag 12 Uhr auf dem Rathausplatz eingefunden, um die Einwohnerschaft mit einem ihrer beliebtesten gewordenen Konzerte zu erfreuen. Noch während das erste Musikstück gespielt wurde, kamen hiesige Kommunisten in einer Stärke von 120 Mann — voran Spielmannszug und sogenanntes Musikchor — von der Marienstraße her anmarschiert, um nach dem Rathausplatz einzubiegen. Einige Meter vor der Stahlhelmkapelle hielt der Spielmannszug an und die KPD-Helden vollführten nun mit ihren sogenannten Martinshörnern und der Pauke einen solchen Lärm, daß die Stahlhelmer ihr Konzert für eine Weile einstellen mußten. Der Zuschauer und Zuhörer bemächtigte sich eine große Erregung gegenüber der moskowitzischen Frechheit und Herausforderung. Einige Einsichtige konnten im letzten Augenblick verhindern, daß es zu Tätlichkeiten kam. Schließlich entfernten sich die Moskowitz, in deren Agitationsmaterial keine Abnehmer fand, in der Richtung Leipziger Straße.

Zwickau. Tätlichkeiten zwischen politischen Gegnern. Die hiesige nationalsozialistische Arbeiterpartei veranstaltete am Montag abend im „Deutschen Kaiser“ eine Versammlung, in der Stadtrat Holz, Nürnberg, über die Judenfrage sprach. Während der Diskussion ließen es sich die anwesenden Linksparteiler nicht nehmen, Zwischenrufe zu machen. Es kam schließlich zu Tätlichkeiten, die aber sofort von der ziemlich stark vertretenen Polizei unterdrückt wurden. Daraufhin kam es zu neuen Streitigkeiten, in denen die Gegner mit Bergläsern gegeneinander vorgingen. Die Polizei mußte schließlich den Saal räumen. Zu weiteren Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Elterslein. Bismarcken und Kreuzottern. In den hiesigen Fluren wurden seit 1. April v. Js. insgesamt 42 Kreuzottern und 20 Bismarcken abgeliefert. Die erste Kreuzotter in diesem Jahre wurde am 8. März eingefangen.

Altmitweida. Chedrama. Ein 65-jähriger Eisenbahninvalid versuchte nach einer ehelichen Auseinandersetzung seine Frau durch Beischläge auf den Kopf zu töten, was ihm aber nicht gelang. Der Wüterich begab sich dann in die Stube und versuchte sich mit einem Fleischmesser die Kehle zu durchschneiden. Beide sind lebensgefährlich verletzt.

Delsnitz i. E. Unglücksfall im Schacht. Auf dem Ida-Schachte riß das Seil eines Bremswertes. Dadurch ging ein Kohlenbunt los und erfaßte den Geiger Lippmann, der schwere Verletzungen erlitt und nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte.

Flauen. Brand und Explosion eines Zelloidlagers. Am Sonnabend vormittag brach in einem Seitengebäude des Eckgrundstückes Uhlands- und Viktoriastraße, in dem sich die Zahnbürstenfabrik von Postel, Klotz u. Scheffler befindet, ein Brand aus. Bald erfolgte eine heftige Explosion im Zelloidlager. Die Arbeiterkraft, die über dem Betriebsraum tätig war, konnte sich rechtzeitig retten. An den Gebäuden wurde schwerer Schaden angerichtet. Von den zahlreichen Zuschauern, die sich angesammelt hatten, ist ein älterer Mann allem Anschein nach infolge der Explosion derart erschrocken, daß er an einem Herzschlag verschied.

Blauen. Im Dienst verunglückt. Auf dem hiesigen Bahnhofe verunglückte beim Wagenbewegen der Hilfsbetriebsassistent Max Helbig aus Dresden tödlich.

Leipzig. Mord- und Selbstmordversuch. Am 20. 3. ist der Rutscher Max Griesshammer aus Leipzig-Eutritzsch auf seine von ihm getrennt lebende Ehefrau, die auf dem Leukischer Wege mit ihrer Mutter spazieren ging, eingedrungen und hat gedroht, sie mit einem Dolche zu erschlagen. Die Frau flüchtete, während G. sich in die linke Halsseite stach und darauf zusammenbrach. Er wurde schwer verletzt ins Krankenhaus St. Georg übergeführt.

Brandstiftungen.

Sanda. In der letzten Zeit waren in der hiesigen Gegend verschiedene Brände ausgebrochen, deren Ursache nicht festgestellt werden konnte. Nach einem Scheunenbrand beim Bahnhof Friedebach wurde von der Polizei der Wirtschaftsbefitzer Kempe als der Brandstifter verdächtig verhaftet. In der letzten Woche war auch die Scheune des Verhafteten niedergebrannt.

Bei **Schnedengrün** ist eine Scheune mit etwa 300 Zentner Heu niedergebrannt. Die Ursache des Feuers ist auf Brandstiftung zurückzuführen. Der Inhalt der Scheune, die der Gasthofbesitzerin Schäfer gehört, ist nur teilweise durch Versicherung gedeckt. Der vermutliche Brandstifter ist über die Felder geflüchtet.

Die zum Rettungshaus **Auerbach-Rebesgrün** gehörige Scheune mit Stallung ist bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Die in der Scheune untergebrachten landwirtschaftlichen Maschinen sowie die reichen Getreide- und Futtermittel fielen dem Feuer zum Opfer. Der Brand wurde von einem 10jährigen Jüngling des Rettungshauses verursacht.

Gächsisches.

Die Bevorzugung der ausländischen Industrie durch sächsische Behörden.

Der deutschnationale Abgeordnete Berg hat im Landtag folgende Anfrage an die Regierung gerichtet:

„Die in Berlin erscheinende Zeitschrift „Fridericus“ bringt in ihrer neuesten Nummer (3. März — Ausgabe Nr. 11), erste Beilage mittlere Spalte, folgende Meldung:

Der Herr **Abhorn** in Berlin vertritt die amerikanische Kartex-Gesellschaft, die zwar in Saarbrücken eine Fabrik von Sichtkarteeinrichtungen unterhält, den Gewinn aber, wie beim Singertrust — in die amerikanische Tasche fließen läßt. Selbstverständlich werden in Deutschland von wirklich deutschen Fabriken ebenfalls Sichtkarteeinrichtungen angefertigt. Nichtsdestoweniger hat das Sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium für rund 150 000 RM. amerikanische Kartex-Apparate gekauft, von denen viele Apparate nicht einmal verwendet werden, weil diese Karteeinrichtung nicht überall hineinpaßt. Zwar standen auch deutsche Sichtkarteeinrichtungen im Wettbewerb, doch die zuständige Referentin ließ sich auf nichts ein, sondern dekretierte die Beschaffung dieser amerikanischen Sichtkartei, obgleich in Dresden selbst eine deutsche Sichtkartei hergestellt wird.

Wir bitten die Regierung um Auskunft, ob diese Meldungen zutreffen, bejahendenfalls, wie sie diese feindselige Haltung gegen die einheimische Wirtschaft zu rechtfertigen gedenkt.“

Die sächsischen Eisenbahnanforderungen.

Dresden, 22. März. Wie der Dr. A. mitteilt, dringt Sachsen jetzt auf eine Beschleunigung der Regelung des provisorischen Finanzausgleiches. Die sächsische Regierung habe sich direkt an den Reichsminister gewandt, damit die Angelegenheit auch einmal vor das Reichskabinett selbst gebracht werde. Das Entgegenkommen des Reiches gegenüber Bayern hinsichtlich der Forderungen aus dem früheren bayerischen Postreserve und die Aufrollung der Eisenbahnfrage auch durch Preußen rechtfertige das sächsische Vorgehen. Die Höhe des Restkaufgeldes für die sächsischen Bahnen wurde auf 800 bis 900 Millionen Mark angegeben. Es ist hierbei aber zu beachten, daß es sich nicht um Gold- oder Reichsmark handele, sondern um Papiermark. Rechnet man diese Summe um, so schrumpfe sie auf etwa 30 bis 40 Millionen RM. zusammen.

Keine Auskunftspflicht der Finanzämter.

Das Reichsverordnungsblatt in der jetzt geltenden Fassung enthält keine Vorschrift, nach der die Finanzämter zu amtlicher Auskunft über die Höhe des Einkommens oder des Vermögens von Versorgungsberechtigten an die Versorgungsämter verpflichtet sind. Eine Verpflichtung der Finanzbehörden zur Einkommens- und Vermögensangabe kann auch, wie ein soeben ergangener Bescheid des Reichsarbeitsministers zum Ausdruck bringt, aus § 75 des Verfahrensgesetzes nicht hergeleitet werden. Auch der Begriff „Rechtshilfe“ kann nicht derart ausgedehnt werden, daß eine Mitteilungspflicht der Finanzbehörden anzunehmen ist. Wird im Einzelfalle die Anfrage an das zuständige Finanzamt über die Einkommens- oder Vermögensverhältnisse eines Versorgungsberechtigten notwendig, so ist stets dessen Einwilligung über die Klarlegung seiner Steuerverhältnisse beizubringen und dem Finanzamt mit der Anfrage zu überenden.

Obligatorischer Religionsunterricht in der Berufsschule.

Die Sächsisch-Evangelische Korrespondenz schreibt: Die Bewegung für eine bewußtere Pflege der lange vernachlässigten Aufgaben auf erzieherischem Gebiete ist im Wachsen. Nachdem kürzlich die christlichen Gewerkschaften sich für die Aufnahme der religiösen Unterweisung in den Arbeitsplan der Berufs- und Fortbildungsschulen eingesetzt haben, fordert nunmehr der Hauptvorstand der Evang. Frauenhilfe, der zirka 600 000 Frauen und Mütter aus allen Ständen vertritt, die obligatorische Einführung von Religionsunterricht an allen Berufsschulen in Stadt und Land.

Die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses beschlossen.

Der Landtag nahm in seiner Dienstag-Sitzung in sofortiger Schlussberatung einstimmig die Vorlage der Regierung an, nach der der Wohnungsgeldzuschuß für die Beamten vom 1. April d. J. ab um 10 Prozent erhöht wird.

Für die Neuregelung der Beamtenbesoldung in Sachsen.

Der Sonderausschuß für Beamtenbesoldungsfragen des Sächsischen Landtages beschäftigte sich am Dienstag mit einem Antrag der Sozialdemokraten auf Herbeiführung einer sofortigen Zwischenlösung in der Frage der Aufbesserung der Beamtengehälter. Abg. **W. d. E.** (Soz.) ließ in der Begründung des Antrages erkennen, daß nach dem Willen der Antragsteller die unteren Beamten 40, die mittleren 30 und die höheren Beamten 15proz. Gehaltserhöhung erhalten sollen, worauf ein Regierungsvertreter, Ministerialdirektor **H. d. R.**, sich namens der Regierung gegen den Antrag wandte, dessen Durchführung Mehrausgaben in Höhe von 40 Millionen Mark erfordern würde. Die Regierungsparteien stellten sich diesmal hinter die Erklärung der Regierung, worauf der Abg. **C. L.** (Dem.) den Antrag einbrachte, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung mit Nachdruck für eine Erhöhung der Beamtengehälter bis zum 1. Juli d. J. einzutreten.

Die Beschlußfassung über diesen Antrag wurde ausgesetzt, bis die Fraktionen ihrerseits zu diesem Antrage haben Stellung nehmen können. Nach den Äußerungen der einzelnen Fraktionsvertreter und des Vertreters der Regierung, der sich für den Antrag **C. L.** aussprach, ist damit zu rechnen, daß dieser Antrag im Landtag eine Mehrheit findet.

Technische Lehranstalt Meißen, Abt. Wagen- und Automobilbau.

Infolge vielseitiger Anregung, besonders aus Schmiede- und Stellmachertreibern, ist der Technischen Lehranstalt Meißen eine Abteilung für Wagen- und Automobilbau angegliedert. Diese Schule vermittelt theoretische und praktische Kenntnisse und Fähigkeiten aus dem Gebiete des gesamten Wagenbaues. Hauptgewicht wird aber auf den Bau des Kraftwagens gelegt. Mit der Schule ist eine Lehrwerkstatt verbunden, in der an in Reparatur befindlichen Kraftwagen die praktische Ausbildung erfolgt. Die Schule soll einerseits Schmiede-, Stellmacher- und verwandten Berufen die notwendige Umstellung auf die Arbeiten am Kraftwagen erleichtern, resp. ermöglichen, und andererseits die Möglichkeit bieten, sich die Kenntnisse anzueignen, die erforderlich sind zur selbständigen Leitung eines kleinen oder mittleren Betriebes und zur Bekleidung eines Postens als Werkmeister, Betriebsleiter oder Techniker an einer größeren Wagenbauanstalt.

Gächsischer Landtag.

21. Sitzung.

Dresden, 22. März. Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung wurde die in der letzten Sitzung zurückgestellte Abstimmung über den deutschnationalen Antrag auf Aufhebung der Revolutionsfeierstage vorgenommen. Mit den Stimmen der Kommunisten, Linkssozialisten und Missozialisten wurde der Antrag abgelehnt. Der 1. Mai und 9. November bleiben also auch in diesem Jahre noch gesetzliche Feiertage in Sachsen. Weiter wurden drei kurze Anträge der Volksrechtspartei und der Wirtschaftspartei über Staatsgelder bei der Debita, über die Verwendung von Kartegeldempfängern und über die Behebung der privaten Bautätigkeit von Regierungsvertretern beantwortet, sowie ein deutschnationaler Antrag wegen Vereinfachung der Staatsverwaltung an den Ausschuß verwiesen. Kap. 18 des ordentlichen Haushaltsplanes, Gesamtministerium und Staatskanzlei, gab den Linkssozialisten und Kommunisten wieder einmal willkommenen Anlaß, dem Ministerpräsidenten und der ganzen Regierung ihr Mißtrauen zu bekunden.

Das Gehalt des Ministerpräsidenten wurde schließlich mit 46 Stimmen der Rechten gegen 44 Stimmen der Kommunisten und Linkssozialisten genehmigt, ebenso die angeforderten 3000 RM. Repräsentationsgelder und die Einstellungen für die sächsischen Vertretungen in Berlin und München. Das ganze Kapitel fand dann gegen die Stimmen der Kommunisten Ausnahme.

Eine längere Aussprache zeitigte auch Kapitel 21, Sächsisches Staatszeitung. Die Linkssozialisten und Kommunisten widersetzten sich bereits im Ausschuß aufgestellte Behauptung, daß der altsozialistische „Volksstaat“ von den Geldern der sächsischen Steuerzahler erhalten werde. Ministerpräsident **H. d. E.** wies diesen Vorwurf als vollständig unbegründet zurück und verlas ein Schreiben der Druckerei Teubner, in dem diese erklärt, daß der „Volksstaat“ alle Druckfäße bezahlt und sie nicht von der Staatszeitung erhalten habe. Das Gehalt des leitenden Redakteurs wurde gegen die Stimmen der Linkssozialisten und Kommunisten genehmigt, das ganze Kapitel gegen die Stimmen der Kommunisten.

Zum Kapitel **Elsterbad** hatten die Kommunisten eine ganze Reihe neuer Anträge eingebracht. Auf Wunsch des Ausschusses wurde deshalb das Kapitel zur nochmaligen Beratung an den Ausschuß zurückverwiesen. Bei Kap. Landeslotterie und dem Tit. **Kapitalbedarf des staatlichen Kraftwagenunternehmens** wurden die Einstellungen nach unwesentlicher Aussprache genehmigt.

Eine Überraschung gab es zuletzt noch bei Tit. 14, **Bau einer Talsperre bei der Lehmühle in Glur Reichstädt** an der Wilden Weißeritz. Hier wurden mit Hilfe der Linkssozialisten und Missozialisten, die kommunistischen Anträge angenommen, in denen gefordert wird, Entlohnung der am Talsperrenbau beschäftigten Arbeiter nach Klasse I des Tiefbauarbeitertarifs, Ausführung der Arbeit, nur im Lohn, freie Fahrt zu und von der Arbeitsstelle, Lieferung von Arbeitsgerät und Arbeitskleidung, Einstellung der Erwerbslosen nach der Dauer ihrer Erwerbslosigkeit, Entlassung

Letzte Drahtmeldungen.

Der italienisch-jugoslawische Konflikt.

Paris, 23. März. Die französische Presse entwickelt übereinstimmend mit der vom Quai d'Orsay verbreiteten Auffassung die Ansicht, daß der jugoslawisch-italienische Konflikt im Abflauen begriffen sei. England und Frankreich bemühten sich, eine direkte Verständigung zwischen Rom und Belgrad herbeizuführen. Nach dem Petit Parisien hat Mussolini auf den durch die französische und englische Regierung vorgebrachten erneuten jugoslawischen Wunsch, eine Untersuchungskommission nach Albanien zu entsenden, bisher nicht geantwortet. In den europäischen Hauptstädten gebe man sich die größte Mühe, Mussolini auf diesen Weg zu bringen. Ueber den Gang der Unternehmung selbst werde ein lebhafter Gedankenaustausch zwischen Berlin, London und Paris gepflogen. Berlin habe in London und Paris wissen lassen, daß es bereit sei, sich jeder Maßnahme anzuschließen, die geeignet wäre, eine Verhütung zu schaffen. Diese Haltung Deutschlands habe Dr. Stresemann gestern auch im Reichstag zum Ausdruck gebracht.

Automobilmafjendiebstähle in Paris.

Paris, 23. März. In Paris sind in den letzten Monaten 35 Automobile gestohlen worden. Die Polizei stellte fest, daß die gestohlenen Wagen nach Brüssel gebracht und dort wieder verkauft wurden. In Brüssel sind jetzt zwei Mitglieder der Diebesbande verhaftet worden.

Beim Festen getötet.

Paris, 23. März. In einem Pariser Festklub verunglückte während einer Übung einer der Schüler tödlich. Seinem Gegner war bei einem heftigen Zusammenprall der Kopf abgebrochen. Der Stumpf drang dem Unglücklichen in die Brust.

Anarchie im Chinesen-viertel von Shanghai.

London, 23. März. Wie aus Shanghai gemeldet wird, herrscht im Chinesenviertel nach wie vor größte Anarchie. Auch in der Umgebung von Shanghai macht sich das Fehlen jeder Autorität bemerkbar. Der Kleinrieg zwischen den Anhängern der verschiedenen Richtungen und den Streitenden hat seit gestern nachmittag unaufhörlich angehalten. Der britische Generalkonsul und zwei Generalstabsoffiziere, die von dem britischen Oberbefehlshaber General Duncan beauftragt waren, sich mit den neuen militärischen Behörden in Shanghai in Verbindung zu setzen, wurden gestern im Eingeborenenviertel in erste Kämpfe mit den Kantonern verwickelt. Es gelang ihnen nur mit Mühe, in die europäische Niederlassung zurückzutreten. Der Streit in Shanghai dauert nach wie vor an. Die gemäßigteren Elemente rechnen mit einer kurzen Streitdauer, während die Radikalen für einen ausgedehnten Streit eintreten.

Nanking noch nicht gefallen.

Wie die Times aus Shanghai berichten, ist Nanking entgegen den gestern verbreiteten Meldungen noch nicht von den Kantonern besetzt worden.

der Arbeiter nur mit Zustimmung der Regierung und Zahlung von Arbeitslosenunterstützung für Lohnausfall infolge Regentagen. Damit fand die Sitzung ein unerwartet reiches Ende.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag, den 24. März, nachmittags 1 Uhr, statt.

Vorträge, Veranstaltungen.

Lichtbilder-Frauen-Vortrag von Frau Frieda Knippel-Hensel, Inhaberin von Hensels Kurbad in Krippen, morgen Donnerstag, den 24. März, abends 8 Uhr, im städtischen Kurhaus Saale Bad Schandau. Die auch hier beliebte Rednerin hat bereits seit 20 Jahren durch ihre Vorträge unseren Frauen große und wertvolle Dienste geleistet. Pressestimmen aus vielen größeren Städten würdigen den Wert der Ausführungen, Demonstrationen und der gezeigten Lichtbilder übereinstimmend. Keine Frau, kein erwachsenes Mädchen veräume daher, diesen einzigen und letzten Vortrag zu besuchen. (S. Anz.)

Aus dem Gerichtssaal.

Wegen Beleidigung des bayerischen Justizministers verurteilt. Das Münchener Schwurgericht verurteilte den verantwortlichen Geschäftsführer der kommunistischen „Neuen Zeitung“, Wilhelm Dschewski, der im vorigen Jahre dem Justizminister Gürtner Korumpierung der Justiz vorgeworfen hatte, zu der vom Staatsanwalt beantragten Strafe von 6 Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten.

Wasserstand im Monat März.

Datum	Moldau		Eger		Elbe					
	Bud-weiß	Mo-dran	Jung-bunz-lau	Lann	Nim-burg	Mei-nit	Leit-meritz	Auf-sig	Dres-den	Bad-Schandau
22.		+6		+66	+59	+64	+74	+110	-40	-13
23.	-84	0	+25	+62	+54	+60	+66	+101	-18	-24

Anmerkung: Ein plus bedeutet über 0, ein minus bedeutet unter 0.

Werben Sie Leser für Ihr Heimatblatt, die Gächsische Elbzeitung

Wollen Sie als Kenner gelten

so rauchen Sie die ausgezeichnete Jasmatz Pteo-Zigarette zu 5 Pfg. Diese mit Recht so beliebte Marke wird auch in Ihnen das Vertrauen zu dem guten alten Namen Jasmatz erneut festigen.

Jasmatz **PTEO** zu 5 Pfg.
Allein echt von der G. A. Jasmatz A. G. Dresden.

Tages-Chronik.

○ Umbau einer Kirche in ein Theater. In Mühlhausen (Thüringen) beschloßen die städtischen Behörden, die für religiöse Zwecke nicht mehr benutzte Kornmarktkirche zu einem städtischen Theater umzubauen. Der Umbau soll im nächsten Frühjahr beendet sein.

○ Diebstahl kirchlicher Kunstgegenstände. Aus dem Betstuhl einer Münchener Kirche wurden seit längerer Zeit wertvolle Silbergeräte, deren Wert sich zusammen auf etwa 10 000 Mark beläuft, gestohlen. Als Diebe wurden ein 38jähriger Kaufmann und ein 30jähriger Händler ermittelt und festgenommen, die die gestohlenen Gegenstände zertrümmert und einem Edelmetallkäufer verkauft hatten. Die Polizei konnte den größten Teil des gestohlenen Gutes wieder herbeischaffen.

○ Raubüberfall in Berlin. In Berlin überfiel ein 16-jähriger Schächterlehrling im Flur eines Hauses des Kurfürstendamms ein Lehrling, versetzte ihr mit einem Gummitüppel mehrere Schläge über den Kopf und entriß ihr einen kleinen Ledertasche, der 8000 Mark Geschäftsgelder enthielt. Der Flüchtige wurde jedoch bald eingeholt und der Polizei übergeben. Die Verletzungen, die das Mädchen erlitten hat, sind nicht lebensgefährlich.

○ Zweimaliger Selbstmordversuch eines Liebespaars. Ein Schächtergeselle und seine Geliebte, die eine schon eingetragene Verlobung mit einem Wachtmeister der Reichs-

wehr nicht zu lösen vermochte, verübten in Ludwigslust einen Selbstmordversuch, indem sie in dem Zimmer des Schächtergesellen die Gasähne öffneten. Der Versuch hatte aber keinen Erfolg, da im Hause der Hauptbahn der Gasleitung abends geschlossen wurde. Nun schritt sich das Mädchen mit einem Schächtermesser in die Pulsader und der Geselle öffnete sich beide Pulsadern. Durch ihr lautes Schreien wurden die Bewohner im Hause aufmerksam, öffneten gewaltfam die Tür und fanden beide blutüberströmt auf den Betten liegen. Die Lebensmüden wurden ins Krankenhaus gebracht.

○ Drei Kinder durch Gasvergiftung umgekommen. In der Familie des Cafebesizers S. Kiers in Groningen sind drei Kinder durch Gasvergiftung ums Leben gekommen. Man hatte vergessen, den Gasahn des Gasofens, der in dem Schlafzimmer aufgestellt war, zu schließen.

○ Millionenunterschlagung. Einer der Hauptangestellten des Vorstehenden der Pariser Wechselmakler Mubry, namens Lefebvre, ist wegen Unterschlagung von 10 Millionen Frank verhaftet worden.

○ Eine „Ermordete“ zurückgeholt. In Williamsburg (Kentucky) lehrte nach zweijähriger Abwesenheit eine Frau zu ihrer Familie zurück. Ein Mann, der im Verdacht stand, sie ermordet zu haben, war zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt und wurde nun schnellstens freigelassen.

Bunte Tageschronik.

Freienwalde. In der Freienwalder Matschiegelei brach ein Großfeuer aus, dem die gesamten umfangreichen Betriebsanlagen zum Opfer gefallen sind.

Kyritz. Sämtliche Gebäude des Rittergutes Rotharn — einschließlich des Herrenhauses und sämtlicher Wirtschaftsgebäude — sind abgebrannt.

Stettin. In Stettin hat sich der 13jährige Schüler Runo Sonten in der Wohnung seiner Eltern erhängt. Der Grund ist unbekannt.

Deutsch-Krone. In benachbarten Rosenfelde erschoss sich in ihrem Bett die 41 Jahre alte Tochter von Erzelenz Wahnische. Am nächsten Tage sollte ihre Hochzeit sein.

München. Die Schwarzenkopfschütte im Rotwandgebiet, die im Oktober eröffnet worden war und Unterkunft für 140 Mann bot, ist abgebrannt.

Budapest. Der ungarische Graf Hunyadi, seit langen Jahren einer der erfolgreichsten Löwenjäger, ist in Ostafrika von einem Löwen zerfleischt und getötet worden.

Deutscher Wahlsieg in Rattowitz.

Die gestern nachmittag im neuen Rattowitzer Stadtparlament vorgenommene Wahl der unbesoldeten Stadträte ergab für die Deutschen 7 und für die Polen 4 Stadträte; ein weiterer entfällt auf die Vereinigte Mieterpartei.



Sächsische Landesbühne Kringhotel

Sonnabend, den 26. März, abends 8 Uhr

Zahrmart in Pulsnig

Ein dionysischer Schwanz in 3 Akten von Walter Hasler

Sonntag, den 27. März, nachmittags 1/4 Uhr

Die zertanzten Schuhe

Ein gar wunderbares Märchen in 5 Bildern von Max Gumbel-Seiling

Abends 1/8 Uhr

Letzte Vorstellung!

Siebe und Trompetenblasen

Luftspiel in 3 Akten von Hans Sturm und Hans Bachwin

Vorverkauf der Eintrittskarten zu den üblichen Geschäftsstunden in der Buch- und Papierhandlung Clemens Eisner, Markt Nr. 3, und eine Stunde vor Beginn der Vorstellungen an der Theaterkasse. Die „Blätter der S. L.“ mit den Theaterzetteln, Erläuterungen zu den aufzuführenden Werken, literarischen Beiträgen hervorragender Mitarbeiter, Bildern usw. sind erhältlich beim Vorverkauf und beim Saalbesuch. Näheres über Platzpreise usw. siehe Plakate

Zur beginnenden Saison

Empfehle
billigste Damen- und Herren-Markenräder
H. 85.00, D. 90.00 Mk.
mit Garantie,
H. 65.00, D. 70.00 Mk.
ohne Garantie
Auf Wunsch auch Teilzahlung
Bruno Kaulfuß
Wendischfährte Ruf 239

Nachdem wir unseren lieben, unvergesslichen Entschlafenen

Herrn Vötkermeister August Sonntag

zur letzten Ruhe gebettet haben, sagen wir allen, die uns durch Wort, Schrift, Blumenspenden und ehrendes Geleit ihre Teilnahme entgegenbrachten, unsern

Herzlichen Dank

Reinhardtshof, am 22. März 1927

Die trauernden Hinterbliebenen

Pa. Schellfisch, Cabliou
Sisch-Silet

empfiehlt

Emil Müller

Albert Engelhardt Uhren, Goldwaren
Uhrmacher Sprechapparate,
Bad Schandau Platten, optische Artik.

Richtigstellung

In der Todesanzeige des Herrn Friedrich Hermann Pieschel, Altendorf, muß es in der Unterschrift richtig heißen:

Familie Arthur Hering

Hört!

Neuerung.
Aus Ueberzeugung muß ich sagen: Frisch, mein Freund, tu Neues wagen. Doch bemerk' ich Erdenwicht. Die Haut zu Markte trag ich nicht Sporthaus Hering

Frisches Hammelfleisch sowie Frankfurter Brühwürstchen empfiehlt Hermann Förster

Berücksichtigen Sie unsere Inserenten



Der gute Strumpf

zum guten Kleid
In reichster Auswahl im Spezialgeschäft



Halt!
an Bad Schandau scharfer!

Edle Sporthaus Hering's Volks-Eintaufs-Zentrale

Behrfräulein
gesucht Putzgeschäft Lorenz Königstein

Mietverträge

die Sächsische Elbzeitung liefert schnellstens.

Kirchliche Nachrichten.
Jugendbund für Entschiedenem Christentum.
Heute 8 Uhr Jugendbundversammlung. Thema: „Jesus und die natürliche Welt“. Matth. 6, 25-30. Sebermann herzlich willkommen. Sohnsfeiner Str. 69.

Erlen-, Scheit-, Rollen- und Knüppel-Brennholz

liefert frei Haus oder ab Wald. Bestellung erbittet

Karl Schnädelbach

Ostrau 44 Telefon 139

Uhren, Gold- u. Silberwaren

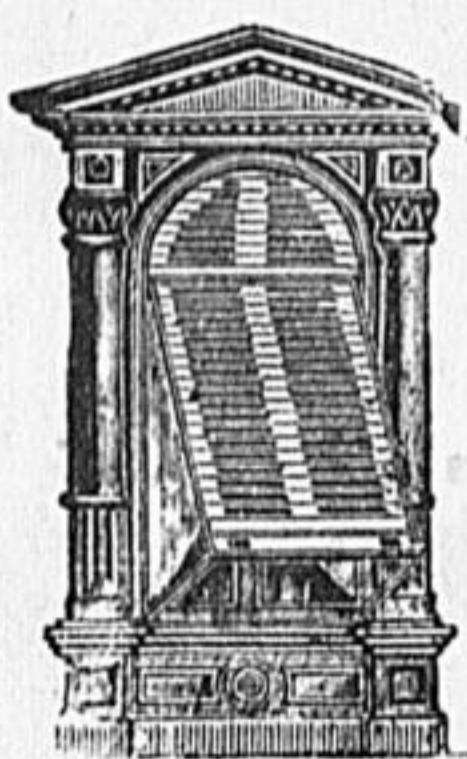
alles nur in guten, soliden Qualitäten, empfiehlt für Konfirmanden Bruno Fallet, Uhren- u. Goldwarengeschäft

Orig. Kirches Gelbhafer
Orig. Kirches Ideal-Munkelrüben
Garten- und Gemüsesämereien

An Saatkartoffeln: Zulinierten (Frühkartoffeln) anerkannt l. Absaat, trebs- und schorfest, eingetroffen

Alfred Kinzel

Getreide / Futtermittel / Saaten
Bad Schandau, Markt 10 Telefon 286



JALOUSIEN

in allen Konstruktionen ROLLADEN aus Holz oder Wellblech

Holzrollos Rollschutzwände Büromöbelrolladen Reparaturen

Hans Honold, Dresden-N. 6 Königstr. 7, Tel. 55 090

Donnerstag, den 24. März 1927, abends 8 Uhr im Saale des städt. Kurhauses Bad Schandau

Lichtbilder-Frauen-Vortrag

von Frau Frida KNIPPEL-HENSEL

Inhaberin von Hensels Kurbad in KRIPPEN, Sächsische Schweiz

I. Teil: Was unsere Frauen noch nicht wissen
Jugend und Gesundheit bis ins hohe Alter
Neueste Forschung auf dem Gebiete der Sexualhygiene des Weibes

II. Teil: Harmonische Schulung des Frauenkörpers

Der Zutritt ist nur Frauen und erwachsenen Mädchen gestattet!

Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu RM. 1.25 u. 1.— einschl. Steuer in der Buchhandlung Clemens Eisner, Am Markt, zu haben



Gestrickte

Damen-Jacketts

Pullover

Lumber-Jacks.

in schönen Farben empfiehlt



Konfirmanden-Anzüge

in größter Auswahl, alle Farben

Mk. 16.50, 21.—, 27.—, 32.—, 39.—

Richard Grahl, Pirna, Elbtor, Eckhaus Dohnasche Str.

Blumenarbeiterinnen gesucht

Konrath & Co., Sebnitz, Nordstraße 2



Fahren Sie nach Dresden?

Sie speisen sehr gut und preiswert im

Erlanger Reifbräu

Zahngasse 3, direkt beim Altmarkt. Inh. Kurt Walther

Für zwei Schüler oder Schülerinnen gute Pension in Pirna frei

Näheres unter „S. 50“ an die Geschäftsst. bts. Blattes